

Nr.33 / Dezember 94



Das Info aus der Roten Flora

Irmgard Möller ist frei!



Inhalt

Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Schickt uns eure Beiträge unbedingt (!) auf Diskette, mit beiliegendem Ausdruck zu.
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an: Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.
Spenden: Geld her! Um dies Projekt langfristig abzusichern brauchen wir unbedingt Spenden!!!

V.I.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.



Im Ordner sind gelandet:

Leserinnenbrief aus Freiburg zu den Sätzerbemerkungen
(im Ordner, da er sich inhaltlich mit dem kritischen Artikel der letzten Zeck deckt)
8. Mai Initiative
Junge Welt Artikel zum Berliner Antifa-Prozeß
Birgit Hogefelds Prozeßerklärung (lange Version - nicht im Heft, da die kurze hinlänglich bekannt ist und die lange einfach zu lang zur Veröffentlichung hier)

Ob die Januar-Ausgabe der Zeck erscheinen wird, hängt davon ab, ob wir zu Wein achten corrrect beschenkt werden.
Also nich wundern, lieber correct schenken!

Leoncavallo bleibt!

Am 15.9.94 fuhren im Quartier Greco in Milano Polizeieinheiten auf, um das am 8. September neu besetzte CSOA Leoncavallo in der ehemaligen Druckerei an der via Wattenau zu räumen (Bericht von der Besetzung in Zeck Nr. 31). Doch die Bullen fanden das Gebäude verlassen vor. Gleichzeitig bahnte sich eine Überraschung an: Die BesitzerInnenfirma überließ das seit vier Jahren leerstehende 6000 qm große Gebäude den AktivistInnen vom Leoncavallo. Aus BesetzerInnen wurden so MieterInnen. Die Vermittlungsbemühungen von Intellektuellen und KünstlerInnen hatten offenbar Früchte getragen, und ein Sohn des BesitzerInnenclans hatte seine Familie überzeugt, dem Leonka ein neues Zuhause zu geben.
Die italienweite Großdemo vom 10.9. in Milano für "Selbstbestimmung, Selbstorganisation und eine soziale Gegenmacht", bei denen es die seit jahren schwersten Auseinandersetzungen zwischen Bullen und DemonstrantInnen gab, hat ein unerfreuliches Nachspiel: Es wurden 104 AktivistInnen, die auf Fotos, Fernsehbildern und durch ZeugInnen erkannt wurden, wegen "aufrührerischer Versammlung" angezeigt. (Quelle: Megafon 155, Oktober 1994).

Viele liebe Grüsse aus Paris erreichte die Flora im November von einem neuen Info/Buchladen, dessen Adresse wir hier gerne weiterverbreiten möchten:
Also, wenn ihr nach Paris kommt: U-Bahn/Metrostation Oberkampf, 117 Boulevard Voltaire, code 683, im Hof links. Das heisst "le jargon libre" und ist im 11. Bezirk.

Anarchistische Bibliothek in Mexiko

Die im Oktober 1993 als Sammelbecken verschiedener libertärer Jugendgruppen gegründete JAR (Juventud Antiautoritaria Revolucionaria - Revolutionäre Antiautoritäre Jugend) hat damit begonnen, in Mexiko-City eine Bibliothek aufzubauen, die einem möglichst großen Publikum anarchistische, aber auch Allgemeinliteratur zugänglich machen soll. Mittlerweile gibt es einen Raum, den die JAR als Bibliothek nutzen kann. Was fehlt sind finanzielle Mittel für das Projekt, aber auch für andere Aktivitäten, wie z.B. Infrastruktur, Vernetzung. Weiter sind ein Piratensender, und basisorientierte Projekte wie Volksküchen, Foodcoops, Hausbesetzungen und die Einrichtung von selbstgeführten Nachbarschaftszentren geplant. Die JAR braucht dringend Unterstützung in Form von Geld, durch Bücher- Zeitschriftenspenden und durch Informationsaustausch.
Kontakt: (ohne Namen!!!!)
Apdo. Postal #436, C.P. 53001 Naucalpan, Mexico, Mexiko.
Kontakt in Deutschland:
Biblio, c/o IL Köln, Ludolf-Camphausen Str. 36, 50672 Köln.
Spendenkonto: Buchversand P. Walter-Rohata, PGA Köln, BLZ: 370 100 50, KTO: 232491508, Stichwort: Mexiko.

Juden im Widerstand.
Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion. Berlin 1939-45

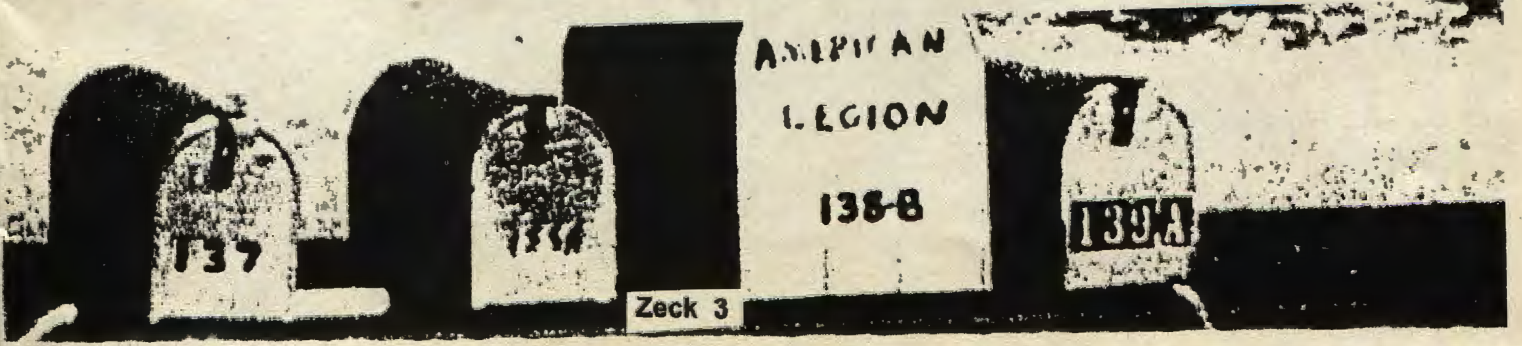
Ausstellung in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule (Karolinenstr. 35)
Anhand der Geschichte der drei berliner Widerstandsgruppen *Gemeinschaft für Frieden und Aufbau, Chug Chaluzzi* und den *antifaschistischen Gruppen um Marianne und Herbert Baum* wird ein Bild des jüdischen Widerstands zwischen der Organisation des eigenen Überlebens und dem millitanten Widerstand nachgezeichnet.
Ein Aspekt der Ausstellung ist auch, der in der Diskussion um den 20. Juli und in der nationalen Gedenkstätte zum deutschen Widerstand betriebenen Geschichtsverfälschung die eigentliche Geschichte des Widerstands entgegenzustellen. Dieser Widerstand war getragen von Partisanengruppen, Deserteuren, Häftlingen, Zwangsarbeitenden, JüdInnen und KommunistInnen. Und eben unter anderem von den drei vorgestellten antifaschistischen Gruppen.
Öffnungszeiten der Ausstellung vom 1. bis 22. Dezember, Di-Sa 10-18 Uhr.

Austellungsbegleitende Veranstaltungen:
7.12. Veranstaltung mit Werner Sack (Überlebender einer der Wiederstandsgruppen um Marianne und Herbert Baum) über: *Jüdische und kommunistische Jugendszene im Berlin der Dreißiger Jahre*,19.30 Uhr.
8.12. Lesung und Gespräch mit Eugen Friede (Überlebender der Widerstandsgruppe Gemeinschaft für Frieden und Aufbau, Berlin), 19.30 Uhr.
13.12. Veranstaltung mit Mario Kessler: *Sozialismus und Zionismus*, 20 Uhr.
15.12. Veranstaltung mit Eike Geisel (Publizist, Berlin): *Die Wiedervereinigung mit der deutschen Geschichte oder: Wie Auschwitz doch noch gut ausgegangen ist*, 20 Uhr.

Chilenische Filmtage
im Kino 3001 vom 1.-14.12.

Chile 1970: Die Unidad Popular gewinnt die Wahlen in Chile, Salvador Allende wird Präsident, die Bevölkerung will ein sozialistisches Chile. Im September 1973 putscht die Armee, geführt von Pinochet und unterstützt vom CIA. In den folgenden Jahren baut die Armee eine Diktatur auf, die gegen jeglichen Widerstand mit härtester Repression vorgeht. Folter, Verfolgung und Terror gehören bald zum chilenischen Alltag. Flucht und Exil bieten für viele die einzige Überlebensschance.
Eine Auswahl von Filmen dokumentiert das Leben und die Kämpfe der Menschen in Chile vor dem Putsch, während der Jahre der Diktatur, wo der chilenische Film im Ausland produziert werden mußte, bis heute, wo Armut und Arbeitslosigkeit den Alltag im Chile nach der Diktatur bestimmen.

Programm:
5.+ 6.12. "Julio beginnt im Juli", 20 Uhr.
7.12. "Wo der Schmerz beginnt", 20 Uhr.
8.12. Kurzfilme: "Wir erobern unser Land; Du wirst nicht mehr auszuwandern brauchen; Regenwolke", 20 Uhr.
9.12. "Wir erobern unser Land; Du wirst nicht mehr auszuwandern brauchen; Feuchte Erde", 20 Uhr.



10.12. "Die Schlacht um Chile", Teil 1 - 18 Uhr, Teil 2 - 20 Uhr, Teil 3 - 22.30 Uhr.
11.12. "Protokoll über Chile", Teil 1 - 18 Uhr, Teil 2 - 20 Uhr; "Stimmzettel und Gewehr" 22.30 Uhr.
12.12. "Stimmzettel und Gewehr", 20 Uhr; "Drei traurige Tiger", 22.30 Uhr.
13.12. "Geschichten von Eidechsen", 20 Uhr; Kurzfilmprogramm 22.30 Uhr.
14.12. "Geschichten von Eidechsen", 18 Uhr.

Begleitende Veranstaltungen:
6.12. Die Rolle der Kirche in Chile; Haus für alle, 20 Uhr.
14.12. Veranstaltung: Chile 1970-74; Haus für alle, 20 Uhr.
Nähere Informationen zu den Filmen gibt es im Programmheft!

Bündnisstreffen zum Bio-Ethikkongress
Gegen den bevorstehenden Bio-Ethikkongress ist ein Bündnistreffen versch. Gruppen am 8. 12. 94 um 20.00 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32.

Fahrrad- und Antikonsumdemo mit Kreuzigung eines Weihnachtsmannes von den Anarchistischen RadlerInnen (c/o Frau Döse). Und das ganze am 22. 12. um 16.30 Uhr im Schanzenpark. Es rufen auf Frau Döse, Antifa FSP, FreiRaum Harburg u.a.

Frühstück mit und bei Weihnachtlichem Ambiente
bei uns in der Roten Flora am Samstag d. 24. 12. 94 ab 11.30 in der Flora.
(Wie an allen anderen Samstagen im Dezember auch!)
Frühstück in der Flora - das schmeckt !!



Geld oder Leben !

Bisher hat sich die Flora hauptsächlich aus den Einnahmen der Kulturveranstalungen finanziert. Das reicht aber hinten und vorne nicht, denn bei den niedrigen Eintrittspreisen bleibt nicht viel übrig für den Unterhalt des Hauses. Außerdem ist es vielen Bands und Theatergruppen nicht zuzumuten, für teilweise 150.- DM oder noch weniger aufzutreten. Deshalb ist es wichtig, daß wir auf eigenen Füßen stehen! **Also tretet ein, in den Florafördervereín ! Ein ausführlicheres Faltblatt zum Förderverein gibts auch in der Floravokü! Ansonsten nebenstehende Fördermitgliedschaft und Einzugsermächtigung ausfüllen und schicken an : Rote Flora Förderverein, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.**



Erklärung zur Fördermitgliedschaft

Hiermit erkläre ich mich bereit, dem Verein Flora e.V. für seine gemeinnützigen Zwecke einen regelmäßigen Förderbetrag zu zahlen.

Mein Förderbeitrag beträgt DM . . . . monatlich (zum 15.).

Die Fördermitgliedschaft ist jederzeit kündbar.

Name . . . .

Anschrift . . . .

Tel. (freiwillig) . . . .

Datum, Unterschrift . . . .

Zahlungsweise: O Dauerauftrag O Einzugsermächtigung

O Ich möchte jedes halbe Jahr den Rote Flora Rundbrief für Fördermitglieder bekommen

O Ich möchte eine Spendenbescheinigung (bitte nur wenn unbedingt nötig)

Zahlungsempfänger:
Verein Flora e.V.
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Konto:
Flora e.V.
Kontonr. 12207608
BLZ 201 900 03
Hamburger Bank von 1861

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Verein Flora e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen für Förderbeiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kontonr. . . . .

Konto Inhaber/in . . . .

bei (Geldinstitut) . . . .

Bankleitzahl . . . .

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

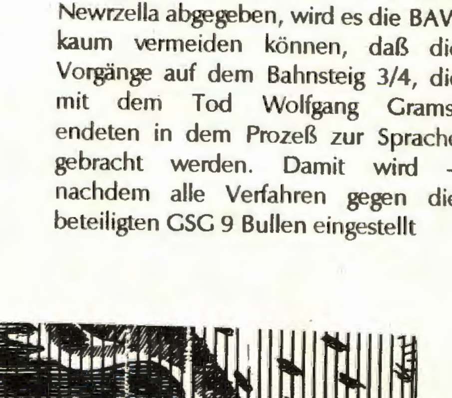
. . . .
Name

. . . .
Anschrift

. . . .
Ort, Datum, Unterschrift

Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Seit dem 15. November läuft am Frankfurter Oberlandesgericht der Prozeß gegen Birgit Hogefeld. Vorgeworfen wird ihr der Mord an dem amerikanischen GI Edward Pimental, der Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt, der versuchte Anschlag auf den heutigen Bundesbankchef Tietmeyer, die erfolgreiche Sprengung des Knastneubaus Weiterstadt und – der Perfidie letzter Schluß – der Tod des GSG 9 Bullen Newrzella bei ihrer Festnahme in Bad Kleinen.
Schon die Anklagepunkte der Bundesanwaltschaft machen deutlich, worum es in diesem Prozeß gehen wird: Birgit Hogefeld soll mit allen Mitteln lebenslänglich eingeknastet werden, wie dies bisher bei allen RAF-Mitgliedern geschehen sollte, soweit sie sich der BAW nicht als KronzeugInnen zur Verfügung stellten.
Dabei wird ihr – mit Ausnahme der Sprengung des Knasts in Weiterstadt – in keinem Fall eine direkte Tatbeteiligung vorgeworfen. Alle Anklagepunkte bauen auf dem, in RAF-Prozessen üblichen, BAW-Konstrukt auf, aufgrund des Kollektivprinzips bei der RAF seien alle Mitglieder für alle Aktionen der Guerilla verantwortlich.



Doch in diesem Prozeß wird es nicht nur um die Anklagepunkte der BAW gehen. Gerade weil ihr die Ermordung Newrzellas vorgeworfen wird, werden Birgit Hogefeld und ihre AnwältInnen Bad Kleinen und die Umstände der Ermordung Wolfgang Grams' zum Thema des Prozesses machen. Hier zeigt sich der Zynismus des BAW-Konstrukts besonders deutlich. Zum Zeitpunkt als der tödliche Schuß auf Newrzella fiel, lag Birgit Hogefeld – auch nach Aussagen der beteiligten GSG 9 Bullen – bereits gefesselt und mit einer Kapuze über dem Kopf in der Unterführung des Bahnhofs in Bad Kleinen. Trotzdem soll sie in diesem Prozeß für den Tod Newrzellas verantwortlich gemacht werden. Da aber der Mordvorwurf auf der Annahme beruht, Wolfgang Grams habe den tödlichen Schuß auf Newrzella abgegeben, wird es die BAW kaum vermeiden können, daß die Vorgänge auf dem Bahnsteig 3/4, die mit dem Tod Wolfgang Grams' endeten in dem Prozeß zur Sprache gebracht werden. Damit wird – nachdem alle Verfahren gegen die beteiligten GSG 9 Bullen eingestellt worden sind – absurderweise der Prozeß gegen Birgit Hogefeld derzeit zur einzigen Möglichkeit, auf juristischer Ebene gegen die offizielle Version der Ereignisse, Wolfgang Grams habe sich auf dem Bahnsteig selbst erschossen, vorzugehen.



Der Prozeß findet bis auf weiteres Dienstags und Donnerstags im Frankfurter Oberlandesgericht, Hammelgasse 1 Gebäude E, Saal 2, statt. Beginn jeweils um 9.30 Uhr

Ursula Quack auf freiem Fuß

Die am 8.11.94 in Saarbrücken festgenommene Ursula Quack wurde nach einer Haftprüfung gestern freigelassen. U.Q. war unter dem Vorwurf der Unterstützung der RAF verhaftet worden.
Die genaue Begründung des Beschlusses sind noch nicht bekannt. Es ist aber davon auszugehen, daß der Ermittlungsrichter am BGH die Beweise für die angebliche organisatorische Einbindung in die RAF für nicht ausreichend hielt. Als Beweis diente bisher ein bei der in Bad Kleinen verhafteten Birgit Hogefeld gefundenen Brief mit persönlichen Informationen, der U.Q. vom BKA zugeordnet wird. Ansonsten diente die politische Praxis von U.Q. in verschiedenen lokalen und regionalen Initiativen als Beweis.

SpinnenNetz den 22.11.94



Der Hamburger Ermittlungsausschuss :

Aber wir leben noch !
Wir sind in letzter Zeit wieder mehr geworden und dadurch sind wir auch eher in der Lage, unserern eigenen Ansprüchen nach einer verantwortungsvollen EA-Arbeit gerecht zu werden.
Deshalb - und weil es sicher viele gibt, die uns und unsere Arbeit noch nicht kennen- wollen wir hier einiges zu unserem Selbstverständniss sagen und zu den Erwartungen an die Gruppen, die an uns herantreten.

Der Hamburger EA entstand 1987 während der Barri-Tage am Hafen. Wir fanden uns zusammen, weil wir es für richtig hielten, die Straßenkämpfe und Demos so weit wie möglich gegen die polizeilichen Angriffe und staatlichen Repressionen zu schützen durch:

- *Besetzung des EA-Telefons während dieser Zeiten*
- *Organisierung von RechtsanwältInnen, MelderInnen und Sanis für die Dauer der Demos und anderer Aktionen*
- *bei Festnahmen Einschaltung der vorher von uns angesprochenen RechtsanwältInnen*
- *Organisierung des Kontaktes zwischen Festgenommenen, ZeugInnen und anderen Betroffenen, zur Vorbereitung evtl. anstehender Prozesse u.ä.(z.B. Öffentlichkeitsarbeit) etc.*

Wichtig ist uns, daß wir kein "Dienstleistungsunternehmen" sein wollen, welches "auf Abruf" das EA-Telefon besetzt. Statt dessen wollen wir - soweit möglich- an der inhaltlichen/ praktischen Vorbereitung der jeweiligen Aktion teilnehmen, für die wir das Telefon besetzen. Das heißt z.B., daß ihr uns rechtzeitig ansprechen müßt und nicht erst 1-2 Tage vor eurer Aktion. Nur dann können verbindliche Absprachen über RechtsanwältInnen, MelderInnen usw. getroffen werden. Inwieweit wir dabei auf Vorbehalte einzelner oder von Gruppen eingehen können, hängt dabei nicht nur von der konkreten Situation ab, sondern vor allem von der Entscheidung des jeweiligen Vorbereitungstreffens/ Plenums.
Wir können und wollen die für unsere Arbeit notwendige Kohle (z.B. Telefonkosten, Raummiete, Flugblätter mit Hinweisen zum Demoverhalten...) nicht alleine aufbringen. Auch wenn dieser Aufruf immer wieder gerne ignoriert wird: unser Fach im Schwarzmarkt nimmt eure in einen Umschlag verpackte Spende gerne entgegen.
Zu erreichen sind wir:
Mittwochs 9- 12 Uhr unter Telefon 430 58 92
und/ oder meldet euch über unser Postfach (EA) im Schwarzmarkt, Kl. Schaäferkamp 46. Persönlich abgeben.

Solidarität ist unsere Kraft!

Die Erfahrung zeigt, daß nur durch äußersten Druck die bestehenden patriarchalen Gewaltverhältnisse verändert werden können. Vergewaltigung ist eine der extremsten Formen von Männergewalt. Vergewaltiger finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen. Diese Erkenntnis setzt sich in linken Zusammenhängen nur ganz langsam durch. Was in Hinsicht auf faschistische Handlungsweisen klarer Konsens ist, findet jedoch in Hinsicht auf Sexismus keine Anwendung: Faschisten werden in linken Zusammenhängen nicht geduldet - "kein Fußbreit den Faschisten", heißt es. Linke Zusammenhänge lehnen die Diskussion mit und das Ernstnehmen von Faschisten im Sinne einer gleichberechtigten Auseinandersetzung ab, weil wir wissen, daß es den Faschisten nicht um eine Auseinandersetzung geht, sondern um das Gewinnen von politischem Raum und um das Zementieren ihres rassistischen und sexistischen Machtanspruchs. Ebenso ist mittlerweile erkannt worden, daß Vergewaltiger nicht durch gutgemeinte, einfühlsame Gespräche von ihrem Herrschaftsanspruch über Frauen abgebracht werden. Nur über politischen Druck und die Androhung konkreter Sanktionen waren Frauen bislang fähig, ihre Forderungen durchzusetzen. Auch die Diskussion um G. Meyering, HbW, Waßmann u.a. ist erst durch diesen Druck zustandegekommen.

Es zeigt sich am roll-back, wie schnell sich gesellschaftliche Machtverhältnisse von Neuem etablieren, sobald Frauen in die politische Defensive gehen und sich ihrer ansozialisierten Rolle widmen: dem Vermitteln, dem wohlwollenden Anerkennen minimaler Schritte von Männern, dem Integrieren, dem Therapieren.

So ist es auch nicht verwunderlich, wenn es bereits schockiert, daß "ein Mann aus el rojito aufgrund des Drucks sich gezwungen sah, aus seiner food-coop auszutreten und zwei andere aufgrund dessen eine Veranstaltung verlassen mußten" (Frauen vom Plenum Sexualität und Herrschaft). Entrüstet fragt frau, was das denn eigentlich soll und besorgt wird darauf hingewiesen, daß ein öffentlich gemachter Vergewaltiger "wohl kaum in eine frauenfreie Umgebung" (Zitat wie oben) gerate, wenn er in linken Zusammenhängen nicht geduldet wird.

Es ist erschreckend, daß Linke (auch Frauen) sich um das Schicksal eines Vergewaltigers mehr Gedanken machen, sich um die "Zerstörung seines gesamten Lebensumfeldes" (Zitat wie oben) mehr sorgen, als daß sie die Integrität der vergewaltigten Frau und die vieler anderer Frauen respektieren. Die Konsequenz aus dieser Haltung ist und war es immer, daß es wiederum die Frauen sind, die sich aus dem öffentlichen Raum zurückzuziehen haben, wenn sie es ablehnen, diesen Raum mit einem bekanntgewordenen Vergewaltiger bzw. seinen Unterstützern zu teilen.

Die Frauen vom Plenum Sexualität und Herrschaft behaupten, die von uns verfolgte Politik der Ausgrenzung von Vergewaltigern zwinge eine Frau, eine Vergewaltigung zu verschweigen. Diese Behauptung geht völlig an dem vorbei, was sich real abspielt, wenn eine Vergewaltigung veröffentlicht wird. Durch Zweifeln am Gesagten, der Forderung nach "Beweisen", In-Schutz-Nehmen des sexistischen Gewalttäters durch Verstehenwollen seiner Beweggründe, das Verweisen auf eine "Liebesbeziehung" zwischen Vergewaltiger und Frau ist es fast immer die Frau, die zuletzt die "Geächtete" ist. Wir denken, daß gerade das verhindert werden kann, wenn wir ein Umfeld schaffen, das mit der Frau solidarisch ist und nicht wieder den Vergewaltiger in den Mittelpunkt des Interesses stellt. Wir sehen nicht, was daran "anmaßend" (Die häßlichen Entlein vom Hafen) sein soll, uns eindeutig gegen Vergewaltiger und deren Verteidiger zu verhalten und dies auch von anderen zu verlangen. Nur so kann es für die Frau leichter werden, eine Vergewaltigung auch als solche zu bezeichnen und zu entscheiden, ob sie öffentlich gemacht wird. In den gegenwärtigen Bedingungen erfordert solch ein Verhalten außerordentlich viel Mut.

Die Frauen vom Plenum Sexualität und Herrschaft behaupten weiter, es bestehe die erhöhte Gefahr, daß der Vergewaltiger zum Wiederholungstäter werde, weil nicht sein Vergewaltiger-Bewußtsein bekämpft würde, sondern er als Person. Damit werden Frauen, die den Ausschluß des Vergewaltigers als Minimalforderung durchsetzen, auch noch für seine zukünftigen Taten verantwortlich gemacht. Diese verdrehte Zuweisung von Verantwortung deckt sich mit dem Niveau der sexistischen Justiz: es sind entweder die Mütter, die dem Vergewaltiger in seiner Kindheit das falsche Bewußtsein beigebracht haben oder es sind die bösen Emanzen, die den Täter zur Vergewaltigung gereizt haben, weil sie zuwenig Verständnis für seine Nöte gezeigt haben. Wir betonen dagegen nochmal: jeder Vergewaltiger hat sich bewußt für die Ausübung von Gewalt entschieden und also hat auch nur er die daraus folgenden Konsequenzen zu tragen.

So wie wir es richtig finden, Faschisten militant anzugreifen, so richtig finden wir es auch, Sexisten den Raum zu nehmen, sie öffentlich zu benennen und für ihr Handeln zur Verantwortung zu ziehen.

Die Sorge der Frauen vom Plenum Sexualität und Herrschaft, "wieviele Männer eigentlich noch blieben, wenn wir wirklich konsequent alle Männer aus der Szene schmeißen wollten, die mal vergewaltigt haben", teilen wir nicht. Diese Frage stellt sich allein deshalb nicht, weil es für Frauen niemals eine Perspektive sein kann, mit Vergewaltigern oder deren Kumpanen - und seien sie noch so "links" - politisch zu arbeiten, geschweige denn zu leben.

Es leuchtet uns nicht ein, daß die Männer von el rojito eine ernst gemeinte Auseinandersetzung (auch über ihr eigenes Verhalten) nur führen können, wenn der Vergewaltiger in ihre politische Struktur eingebunden bleibt. Von einer solchen Auseinandersetzung war im übrigen bislang öffentlich nichts zu bemerken.

Die öffentliche Benennung eines Vergewaltigers mal eben als "Pogrom" zu bezeichnen, lehnen wir aus zwei Gründen ab. Zum einen ist der Begriff geprägt durch die antisemitische Verfolgung und Vernichtung, so daß die Wortwahl an sich schon politisch fatal ist. Zum anderen verkehren sich hier die Gewaltverhältnisse und feministischer Widerstand wird diffamiert.

Bella, FLFI, Frauenbande, Sorginak & noch einige an der Diskussion beteiligte Frauen.



Warum ich aus el rojito ausgetreten bin!

„Nur wenn die Reaktionen der linken Szene eindeutig und einschätzbar sind, wird es für Frauen in diesem Zusammenhängen möglich sexistische Strukturen und Vergewaltigungen zu benennen und anzugreifen..."
Zitat aus „Weißte was, wir ham hass" Interim Nr. 218

Am 9.8.94 wurde ich von Frauen darüber informiert, daß Manuel (M.), von el rojito, eine Frau vergewaltigt hat. Die Frau hat nach 3 ½ Jahren den Mut aufgebracht, die Vergewaltigung auf einem Treffen von mehreren Frauengruppen öffentlich zu machen.
Mit dieser Stellungnahme will ich versuchen, über die letzten 3 1/2 Monate bei el rojito zu informieren. Ich werde dabei die kontroversen Standpunkte, zu denen es gekommen ist, darstellen, über M's. Verhalten informieren. Daraus ergibt sich dann auch, daß ich mich entschieden habe, den begonnenen Prozeß bei/mit el rojito abzubrechen.

Wer ist el rojito?

Bevor ich zum Thema komme, vorweg eine kurze Darstellung, wer el rojito ist, da ich annehme, daß nicht jede/r kennt diese Gruppe/Kollektiv kennt: el rojito ist ein politisches Kollektiv (z.Z. nur Männer), das seit ca. 8 Jahren Solidaritätskaffee (ca 7 t. pro Monat) aus Nicaragua und El Salvador vertreibt. Dieser Kaffeehandel wurde immer als politisch angesehen mit dem Ziel einer Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika. Gegenseitiger Besuch, sowie politischer Austausch mit GenossInnen revolutionärer Basisbewegungen, aus Lateinamerika ist/sind genauso Ziel, wie die Öffentlichkeitsarbeit. Diese wird durch das Organisieren von Informationsveranstaltungen, sowie dem Erstellen des mehrseitigen el rojito Info's erreicht. In diesem Jahr erschienen bereits 7 Info's zu unterschiedlichen Themen. Lateinamerika, Kurdistan, Repression, Kaffeeweltmarktpreis etc. Das info hat eine Auflage von 3000 Stck. und wird bundesweit kostenlos verschickt. Dienstag und Donnerstag sind offizielle Öffnungszeiten, an den anderen Tagen sind aber BesucherInnen willkommen, dieses bedeutet für mich, die Räume sind öffentlich.

Einzige öffentliche Reaktion auf die Vergewaltigung

Innerhalb von 2 Tagen nach Bekanntwerden der Vergewaltigung, kam unsere erste und bisher einzige Stellungnahme heraus. Zu dieser recht oberflächlichen Erklärung muß ich heute eingestehen: Die ersten ca 10 Tage habe ich weder über „Namensnennung" , noch über „Vergewaltiger raus aus..." nachgedacht, weil für mich damals erstmal die Forderungen der betroffenen Frau entscheidend waren. Dahinter will ich mich aber nicht verstecken, ich hätte es besser wissen müssen, da ich die Sexismusdiskussionen der letzten 1 ¾ Jahre (Wasmann, G. Meyering, HBW) verfolgt und darüber mit verschiedenen Männern diskutiert habe. Die beiden Fehler / Versäumnisse wurden mir erst auf Nachfrage von FreundInnen bewußt. Weshalb dieses geschehen konnte? Sicherlich auch, weil ich möglichst schnell reagieren wollte. Andererseits sah ich el rojito erstmal nur als Männergruppe, und nicht als politisches Kollektiv. Außerdem war ich wütend, enttäuscht, es lief wie immer: Frau muß öffentlichen Druck entwickeln, bevor Mann reagiert. Nicht nur das M. im Juli und August zweimal zumindest spruchmäßig die Patriarchatsdiskussion ablehnte, ein anderer Mann el rojito's, der von der Vergewaltigung seit Anfang des Jahres wußte, informierte die Gruppe nicht .

Fakt und Konsens der Erklärung war:
- Manuel hat eine Frau vergewaltigt
- Das Definitionsrecht über Vergewaltigung haben Frauen
- Für Männer ist es notwendig, sich mit ihrer Sexualität zu befassen

dieses hieß damals:
- gemeinsame Verantwortung für Männergewalt übernehmen
- diese zuerkennen und bei M. und uns zu verändern

Allerdings stellte sich innerhalb der ersten 2-3 Wochen heraus, daß es nicht nur unterschiedliche Herangehensweisen, sondern auch verschiedene Auffassungen von z. B. „Verantwortung übernehmen..." gab.

Eigene Position sexueller Gewalt

Bevor ich zu den kontroversen Punkten komme, möchte ich noch kurz zum Thema sexistische Männergewalt etwas sagen. Ich vertrete die Auffassung „ALLE Männer sind potentielle Vergewaltiger", weil es keine natürliche Sexualität gibt. Männer (auch der linksradikalen Szene) sind in ihrer Sexualität gesellschaftlich geprägt. Unser gesellschaftliches. System verfügt sowohl über Regeln zu ihrer Kontrolle (Anpassung an die HERRschende Sexualität) als auch über Regeln, die die Erklärung für solche Anpassung formulieren. Von Kindheit an werden daher Männer, wie aber auch Frauen Patriarchal erzogen, Jungen auf ihre spätere aktive Männerrolle (stark, durchsetzungsfähig, erfolgsorientiert), Frauen dagegen auf eine „weibliche" passive Rolle (einfühlsam, fürsorglich). Durch diese Sozialisation werden Menschen nach diesen Kriterien in 2 Geschlechter eingeteilt, wobei Frauen abgewertet werden, während Männer gesellschaft-



lich, wie auch im Privaten die Machtpositionen besetzen. Die verschiedenen Privilegien (von denen jeder Mann profitiert) und die Machtpositionen werden mit unterschiedlicher tag-täglicher Männergewalt verteidigt. Diese Gewalt zeigt sich z.B. in
- Frauen in Diskussionen nicht ernstnehmen
- Frauenorganisierung nicht ernstnehmen
- dem Anglotzen--Anmachen von Frauen bis eben hin zu Vergewaltigung

Vergewaltigung ist nicht die Folge vom männlichen Trieb, Neigung, sondern die logische Folgerung und das Extreme von tagtäglicher Gewalt gegen Frauen im gesellschaftlichen System Patriarchat.
Besonders schwer tun sich Männer in der Regel im Umgang mit enttarnten Vergewaltigern aus ihrer Umgebung.

Manuels Verhalten

Antwortete M. in den ersten Tagen nach der Öffentlichmachung, noch recht offen und zeigte so etwas wie Reue und Bereitschaft zur Veränderung, änderte sich dies jedoch sehr schnell.
- Auf Kritik zu seinen unterschiedlichen Mackerverhalten, reagierte er mit Ausflüchten und für mich entstand der Eindruck, er wolle sich nicht verändern. Ende August wollte M. nach Italien in Urlaub fahren, um dort eine Frau zu besuchen mit der er in Chiapas Juni 94 eine sexuelle Beziehung hatte, außerdem, um über sich nachzudenken.



- Auf gezielte Nachfragen, weshalb er gerade jetzt unbedingt in Urlaub fahren müsse, (Rausziehen aus der Diskussion, warum Freundin in Italien besuchen etc.) reagierte er damit, er fühle sich an Verhörmethoden des faschistischen Chilenischen Geheimdienstes erinnert.
- Von mir und einem anderen mit dem Vorschlag konfrontiert, ob er sich nicht zusätzlich eine Therapie vorstellen kann - Null Reaktion
Ende August fuhr er dann tatsächlich für 4 Wochen nach Italien. Als er wieder in Hamburg war, erklärte er seinen Austritt, um Schaden von el rojito abzuwenden.
- Am 22.10. erschien er das erste und letzte mal auf einem Plenum. Auf Fragen, ob er noch eine Auseinandersetzung führe bzw. mit wem, antwortete er;
- es gäbe nicht nur ein Patriarchat, sondern auch Rassismus und Kapitalismus;
- er könne Männer die Frauenpositionen vertreten, nicht ernst nehmen;
- ich (Gerd) könne soviel Männergruppen gründen wie ich wolle, aber ohne ihn;
- el rojito als Gruppe hätte sich ihm gegenüber nicht solidarisch verhalten;
Seine Aussagen sowie sein gesamtes Verhalten kann ich nur so bewerten:
- bei Manuels Vergewaltigung gab es ein klares **NEIN!!!**
- und **NEIN** heißt nunmal **NEIN** und **NICHT** ja!!!
dabei sollten es wir Männer aber nicht belassen, unser Ziel muß weiter gesteckt sein, wie wär's mit:
NICHT JA, heißt auch **NEIN!**
- M. hat nichts begriffen
- M. will sich, weder mit sich, seiner Tat noch mit seinem Mackerverhalten auseinandersetzen.

El rojito`s Verhalten (von der Mehrheit):
Als M. nach Italien fuhr, war seine damalige WG, nicht damit einverstanden. Das die gerade begonnene Auseinandersetzung auf diese Weise unterbrochen wird. Daraufhin wurde el rojito von M. und einem 2. Gruppenmitglied um eine Entscheidung gebeten, ob M. diesen Urlaub machen kann. El rojito befürworte seine Urlaubspläne weil`s M. schlechtging.



- Anfang Oktober teilten immer mehr Männer von el rojito die Meinung, M. wollte die Frau nicht vergewaltigen, sondern wurde Täter aus Unverstand der Situation.
- Mitte/Ende Oktober teilt ein Mitglied el rojito mit: Freunde von M. hätten, wenn ihnen dasselbe passiert wäre, die Frau wegen Verleumdung angezeigt. Dieses hat M. abgelehnt.
- 1.11. ein Bekannter (B.)von M. erzählt dem Plenum: M. hätte Freunden erzählt, er (M.) habe die Frau nicht vergewaltigt(den Rest von M's. Version zensiere ich hiermit)
Am 1.11. gab es ein Gespräch mit verschiedenen Männergruppen. Dabei wurde endlich öffentlich gesagt, was die ganze Zeit unterschwellig in den Diskussionen mitschwang: - einige von el rojito haben Schwierigkeiten, als Männer die Vergewaltigung auch tatsächlich als Vergewaltigung zu sehen.
Von diesem Treffen wurde auf dem späteren Plena kurz berichtet, das Gespräch wurde aber nicht analysiert.
- 8.11. M's. B. bleibt bei seiner Aussage, trotz mehrfacher Nachfrage. Er habe an einem Nachbartisch gesessen und dies alles gehört. Seine Aussagen sprechen von einem detaillierten Wissen.



- Statt dessen 8.11. es wird verkündet, wir wollen mit M. ins Wochenende fahren (nett zusammen sein), kein Arbeitswochenende, sondern um wieder zueinanderzufinden. Begründung dafür weshalb mit M.: einer von uns ist in die Isolation getrieben worden.
- 9.11. ich lese eine Stellungnahme von mir vor, worin ich das gemeinsame el rojito Wochenende kritisiere, mir wird entgegnet, ich würde das Falschverstehen, es wäre kein gemeinsames el rojito Wochenende, sondern ein Wochenende von Freunden M's. mit ihm, um in entspannter Atmosphäre einen Neubeginn der Auseinandersetzung mit ihm zu erreichen z.B. eine neue Männergruppe. Das ich gar nichts falschverstanden habe, beweisen 2 kl. Zettel und das Protokollbuch, wo es heißt: „gemeinsames el rojito Wochenende mit M." Auch eine Woche später wird am Privatwochenende festgehalten, kein Bedürfnis erstmal vorher mit M. einige seiner Aussagen zu klären.
Nach dem 15.11. war der B. von M. nochmal bei el rojito. Er habe dies, M`s. Version von der Vergewaltigung, alles nicht gesagt haben wollen. Er wollte M. nur in Schutz nehmen. Er ziehe seine Aussagen somit zurück. Egal ob M. gesagt hat, er habe die Frau nicht vergewaltigt, oder ob der Bekannte diesen Satz nicht richtig verstanden hat. Der B. wußte sehr viele detaillierte Einzelheiten, nur das **NEIN** hat M. wohl nicht laut genug gesagt.
El rojito`s Aufgabe wär's gewesen, diese Geschichte genauestens zu recherchieren um die Glaubwürdigkeit M`s zu überprüfen. Dieses ist nicht geschehen, obwohl ich es gefordert habe. Stattdessen hat das Wochenende tatsächlich vom 18. bis 20.11 mit M. stattgefunden, wobei außer mir 3-4 Männer, aufgrund von Widersprüchen nicht mitgefahren sind.

Kritik an el rojito:
- statt wie in der 1. Erklärung, Vergewaltigung als die extremste Form von tagtägliche Gewalt gegen Frauen zu sehen, nämlich als ein Instrument des gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisses, und den nun folgenden Prozeß politisch zu bestimmen, wurde er von den meisten individuell psychologisch bestimmt. Dieses äußerte sich bei allen kontroversen Punkten: immer wieder stand Vertrauen, V-Aufbau, die pers. Beziehung, Rücksichtnahme, keine Distanzierung, kein Druck etc. in der Auseinandersetzung um/mit M. im Vordergrund.
- Den Namen des Täters nicht zu nennen, ist Täterschutz !!
Wie anfangs schon gesagt, habe ich darüber zuerst nicht nachgedacht. Später kam ich zu der Auffassung, der Name muß genannt werden, damit Frau ihn kennt und sich schützen kann. Diese Auffassung wird nicht von allen geteilt. Die Bandbreite reicht von:
- ja, wir begehen Täterschutz, aber um mit Manuel ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, sollten wir seinen Namen nicht nennen
- es herrscht Unklarheit darüber, was Täterschutz ist
Mit M. bekannte Frauen nicht zu informieren, ist Täterschutz !!
Dadurch, daß wir dem Urlaub zugestimmt haben, sowie weil wir die „Verantwortung" übernommen haben, hätten wir die Frau in Italien informieren müssen. Daß wir damit Täterschutz begangen haben, sieht außer mir fast niemand. (ich war den besagten Abend wegen eigener Urlaubsvorbereitungen nicht da, ein anderer hat aus Angst, vor den Reaktionen der Gruppe, es nicht gewagt, zu fordern, daß die Frau informiert wird. Trotzdem tragen wir Mitschuld.)



El rojito vertritt keine klaren Positionen zu den folgenden Fragen:
Sollen Vergewaltiger aus politischen Zusammenhängen ausgeschlossen werden?
die meisten von el rojito vertreten:
- hier darf es kein Dogma geben, sondern es geht um die konkrete Auseinandersetzung. In dieser darf es keine Guten bzw. Bösen Männer geben. Um ein Einlassen auf die eigenen Unzulänglichkeiten zu ermöglichen.

Meine Meinung:
- es gibt - auch in der linksradikalen Szene - einen Sexismus, in dem auch Vergewaltigung zur „Normalität" gehört (siehe auch die Fraueninterviews). Wenn aber geoutete Ver-

gewaltiger einen Platz in politischen Gruppen haben, bedeutet dies, diese „Normalität" zu festigen. (Männergruppen die zum Patriarchat arbeiten ausgeschlossen.)

- für Vergewaltiger muß es alleiniges Hauptanliegen sein, sich mit sich, ihrer Tat und ihrer Rolle im Patriarchat auseinanderzusetzen, und dies kollektiv in einer zum Patriarchat arbeitenden Männergruppe.
- die Forderungen der betroffenen Frau, sowie der verschiedenen Frauengruppen, die mit ihr die Vergewaltigung öffentlich gemacht haben, trage ich zumindest passiv mit, dieses gilt auch für die KOOP Heidritterstr. und die Forderungen einer Frau aus der Urugaygruppe.

*Soll die Auseinandersetzung, **MIT Manuel**, innerhalb oder außerhalb el rojito's stattfinden?*

Von den meisten wurde vertreten, zu M. bestehe ein ähnliches Vertrauen, wie zu jedem anderen in der Gruppe. Die Trennung in 2 Gruppen wäre eine rein Formale. Der einzige Unterschied, wäre dann die deutliche Distanzierung zu der Person M.. Das zerstöre eine Voraussetzung (Vertrauen) für den weiteren Prozeß, also die politische Auseinandersetzung um Männerverhalten und Patriarchat in der politischen Gruppe el rojito.

Meine Meinung.

Ich vertrete den Ansatz, daß wir die Auseinandersetzung MIT Manuel von el rojito abtrennen und eine separate Männergruppe hätten gründen müssen. Die politische Arbeit, der Kaffeehandel, sowie die damit verbundene Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika wäre ganz normal in der politischen Gruppe el rojito OHNE M. weitergelaufen. In der Männergruppe wären ALLE gefragt, sich übers Patriarchat auseinanderzusetzen. Über Vergewaltigung und über die Unterdrückung der Frauen in unserer Gesellschaft im allgemeinen warum dies so ist, und wie und was wir bei uns daran ändern können. Also die gesellschaftliche und historische Dimension des Patriarchats erkennen, was wir als Mann damit zu tun haben und wieso jeder einzelne Mann davon profitiert. Es ginge um die theoretische und praktische Auseinandersetzung. Bei der praktischen Diskussion wäre gefragt, die eigene Täterrolle zu erkennen. Dieses geht natürlich nur, wenn wir über UNSERE MÄNNLICHE SEXUALITÄT reden und die eigene sexuelle Gewalt erkennen. (z.B. drängeln, Leistungsdruck, zärtliches Überreden, Verhütung etc.) und verändern, aber auch kontrollieren so gut es geht. Dieser Prozeß erfordert allerdings sehr viel Vertrauen. Wie weit dies bei el rojito bzw. mit M. und seinem Verhalten überhaupt möglich gewesen wäre, weiß ich nicht, es wäre einen Versuch wert gewesen. Das fehlende Vertrauen hätte ich durch Diskussionen und dem Verhalten darin, versucht aufzubauen. Es wäre ein langer Prozeß geworden, der nicht mal schnell in einem Jahr abgehakt gewesen wäre. Die aufgestellten Anforderungen wären an jeden einzelnen gerichtet gewesen und hätten das Bemühen jedes einzelnen voraus gesetzt, wirklich bei sich etwas bewegen zu wollen. Das hätte dann, geheißen mit beschissenen Gewohnheiten, Objektdenken, Privilegien etc. zu brechen.



Fazit:

Der Versuch, eine Auseinandersetzung mit Manuel über seine Tat, sein Verhalten und unsere eigene Männergewalt zu führen ist, gescheitert.

- an Manuel selbst, der 3 ½ Jahre Zeit hatte, sich ohne Druck von außen, mit sich auseinanderzusetzen. Anfang des Jahres wurde er nochmals eindringlich an die Auseinandersetzung erinnert. Sein Verhalten vor und besonders nach der Öffentlichmachung sprechen für sich.
- es wurde zwar immer wieder betont, wir können keine Therapiegruppe sein. Die individualpsychologische Herangehensweise einzelner, entspricht aber genau einer Selbstfindungsgruppe.
- wir haben es nicht geschafft, innerhalb der letzten 3 ½ Monate, inhaltlich in die Patriarchatsdiskussion einzusteigen. Es haben sich meiner Meinung nach ALLE von el rojito's Mühe gegeben, aber wir haben uns nur die verschiedenen Herangehensweisen im wahrsten Sinne um die Ohren geknallt.
- mir ist bewußt, daß es die Forderung gibt ,Vergewaltiger gänzlich zu isolieren, also auch nicht mit Vergewaltigern in einer Männergruppe zusammenzuarbeiten. Mein Ansatz war eine ernsthafte, verantwortungsvolle, für jede/n nachvollziehbare, öffentliche Auseinandersetzung, (z.B. in el rojito info) mit dem Vergewaltiger in einer Männergruppe zuführen. Ziel kann nur sein, daß wir Männer endlich Verantwortung für unsere männliche Sexualität übernehmen und daß wir anfangen, uns aus eigenem Antrieb zu ändern.
- es ging mir nie darum, Vergewaltiger zu akzeptieren
- seit dem 15.11. bin ich aus den hiergenannten Gründen nicht mehr in der politischen Gruppe el rojito. Mein Arbeitsvertrag läuft noch bis zum 31.12.94



24.11.94 Gerd ex el rojito



Linker Laden, Kleiner Schäferkamp 46

gehört, weiß aber nichts genaueres. Sie will sich auf der polnischen Seite umhören. Zudem schlägt sie vor, das Ausländeramt in Forst anzurufen.

Das Ausländeramt in Forst weiß nichts und fühlt sich auch in keiner Weise zuständig. Danuta Klänge hat von polnischen Beamten inoffiziell bestätigt bekommen, daß zwei tote Frauen in der fraglichen Zeit gefunden wurden aus Indien oder Sri Lanka. Mit dieser Aussage konfrontiert hat nun auch der BGS von drei Toten, darunter zwei Frauen, auf polnischer Seite gehört. Er will weitere Informationen von der ARI. Diese schickt ihm ein Fax mit den Namen.

Weitere Recherchen nach Sutharsan Kanthasamy und anderen Verschwundenen bei Grenzbehörden, Polizei und Botschaften in Deutschland und Polen (mit Unterstützung des Polnischen Sozialrats in Berlin) verlaufen aufreibend und stets mit dem gleichen Ergebnis; Niemand weiß etwas. Dann aber meldet sich ein Journalist, der für eine Lokalredaktion im polnischen Grenzgebiet Zielona Gora schreibt: er befasse sich mit dem Tod von sechs asiatischen Flüchtlingen.

An dem Tag, an dem Herr Kanthasamy bei Singham anrief, schrieb er in der Gazette Lubuska: "Am Donnerstag, dem 1. September, wurde beim Wasserwerk Zasjeki die Leiche einer jungen, dunkelhäutigen Frau gefunden. Sie hatte keine Dokumente bei sich." Die Information hatte er von der polnischen Polizei, die bisher Singham gegenüber abstritt, irgend etwas zu wissen.

Zusammen mit dem Reporter gibt es am 14.9. ein Treffen mit dem zuständigen Polizeikommissariat, das nun an Singhams Informationen interessiert ist und selbst bereitwillig Auskunft erteilt. Hauptkommissar Stankiewicz scheint betroffen, er zeigt die Stelle am Wasserwerk, wo zuerst die Frau, dann ein Mann mit Personalausweis, am 4. September im Abstand von wenigen Stunden drei weitere Männer und am 5. September noch eine Frau angetrieben wurden. "Wissen Sie, das ist bestimmt nicht das erste Mal und auch nicht das letzte Mal passiert. Aber so viele Tote in so kurzer Zeit - das habe ich auch noch nicht erlebt."

Stankiewicz kann die Toten nicht identifizieren und bittet Singham um Mithilfe. Auch die deutsche Polizei hat er schon um Hilfe gebeten.

Die deutsche Polizei? Ja, am 5.9. wurde ein Fax an die Kripo in Cottbus geschickt mit der Bitte, bei der Identifizierung behilflich zu sein. Auch der BGS wurde informiert. Er schickte den polnischen Behörden Unterlagen über im entsprechenden Zeitraum Abgeschobene zu. Die ARI kann diese Akten einsehen. Außerdem, sagt der Hauptkommisar, wissen die Deutschen sowieso Bescheid: Auf deutscher Seite wurde vom BGS doch der erste Tote gefunden, schon am 30. August.

Singham konfrontiert den BGS mit dieser Aussage. Warum bekommt er auf konkrete Anfragen - er sucht nach dem Verbleiben von Sutharsan Kanthasamy - keine Auskunft, obwohl schon vor Wochen der erste Tote gefunden wurde, vielleicht war es Sutharsan? Es sei ein Pakistani gewesen, sagt der BGS, er hatte einen Personalausweis bei sich. Der Name dürfte aus datenschutztechnischen Gründen nicht genannt werden. Sutharsan hatte keinen Ausweis dabei - der ist bei seinem Vater in Krefeld.

Singham hat einen deutschen Paß - er kann problemlos die deutsch-polnische Grenze passieren, so oft er will.

Wieder beim polnischen Polizeikommissariat bekommt die ARI Einsicht in die Akten, Gegenstände, die bei den Toten gefunden wurden: Der Personalausweis von Arunakiri. Ein Paßfoto, Schmuck, ein Verzeichnis von Telefonnummern, ein Liebesbrief. Und Fotos von den sechs Leichen nach der Obduktion. Schreckliche Bilder. Sie werden Singham ausgehändigt. Soll er sie veröffentlichen?

"Ich würde sagen, das sollte man zeigen. Wir sind nicht gekommen, zu töten oder getötet zu werden. Und das passiert einfach an der Grenze. Und ich kann dir nicht sagen, ob die deutschen Bürger das irgendwie verletzt (...) Wir müssen das zeigen, damit die Leute sich einigermaßen vorstellen können, was passiert in diesem Land. Warum kommen die Leute, warum gehen sie ein solches Risiko ein, obwohl das ihr Leben gefährden könnte. Das sollte man zeigen."

Von Angehörigen und den Überlebenden können mit Hilfe der Fotos vier Tote identifiziert werden.

Sutharsan ist dabei. "Das ist Sutharsan, ganz bestimmt. Diese Unterhose und die blaue Jacke. Das ist Sutharsan."

An den Ohrringen und der Nase wird Subathira Sellaiah von ihrem Bruder erkannt. Zwei Jahr war sie unterwegs, sie wollte zu ihrem Verlobten nach Augsburg. Moses Rajan hatte ein Bild seiner Frau und seinem Kind, einen Rosenkranz, ein Kreuz und die Telefonnummer seiner Schwester in der Schweiz mit ins Wasser genommen. Eine Woche vor seinem Tod überquerte er schon einmal die Neiße, wurde vom BGS aufgegriffen und nach Polen zurückgeschoben. Den zweiten Versuch überlebte er nicht.

Arunakiri wollte nach Paris zu seiner Freundin. Er hatte einen Brief von ihr bei sich: "Mein lieber Arunakiri, selbst wenn das tiefe Meer austrocknen sollte - meine Liebe zu Dir wird nicht vergehen. Wenn ich Dich heiraten soll, wie Du mir immer sagst, dann komm nach Paris. Meine Eltern und ich - wir alle wünschen die Hochzeit."

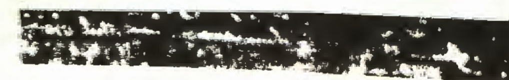
Begraben sind die sechs Menschen in einem anonymen Grab, ein Holzkreuz auf einem Erdhügel, am Rande des Friedhofes in Zary, weit abseits von den anderen Gräbern.



AUFRÜSTUNG AN DER OSTGRENZE:

Die ertrunkenen Flüchtlinge lagen schon im namenlosen Grab, als am 5.10.1994 Innenminister Kanther mit seinem polnischen Amtskollegen an der Neiße die gute deutsch - polnische Zusammenarbeit lobte. Man war sich einig, "daß Wanderbewegungen nicht unkontrolliert die Länder West- und Mitteleuropas erreichen dürfen." Es wurde die Einweihung von vier neuen Grenzschutzbooten gefeiert, die neueste Aufrüstung der deutschen Ostgrenze. Mit modernster Technik ausgerüstet, sollen sie rund um die Uhr dazu beitragen, Flüchtlinge abzuwehren. Seit der Asylrechtsänderung im Mai 1993 wurden bereits die Bundesgrenzschützer von 1650 auf 4660 erhöht, 23 Stellen mit 456 mobilen Überwachungstrupps wurden neu eingerichtet, vier Polizeihubschrauber suchen aus der Luft und 66 Infrarotgeräte sollen bei Nacht verhindern, daß Flüchtlinge diese Grenze überwinden. Die Maßnahmen sind "erfolgreich".

Da flache Flußseiten besonders scharf überwacht werden, sind Flüchtlinge gezwungen, an immer gefährlicheren Stellen in den Fluß zu gehen. Ist der Fluß nur tief und reißend genug, dann erübrigt sich ein Schießbefehl.



Der Artikel beruht auf den Protokollen der Antirassistischen Initiative (ARI) Berlin und, mit freundlicher Genehmigung der Autorinnen, des Dokumentarfilms "Tod in der Neiße" von A. Everwien und E. Sasse, der in Zusammenarbeit mit dem ARI erstellt wurde.

"Wir wollen bei diesem EU-Gipfel zeigen, wer wir sind und was wir können" (OB Annette Jäger)

Gipfelwochenende:

Während der EU-Tagung wird nach Polizeiplanung das GrugaDreieck zwischen Alfred- und Norbertstraße sowie A52 zeitweise für den Verkehr gesperrt. Von den (mindestens) 5000 Cops kommen ca. 500 aus Essen, der Rest von Bund und Ländern. Untergebracht werden sie in Kasernen der Bundeswehr und der Bereitschaftspolizei.

"Unfriedliche Aktionen werden wir mit allen Mitteln begegnen", kündigte Essens Polizeichef Günter Stach an.

Es wird Vorkontrollen auf Autobahnen und anderen großen Straßen, die nach Essen führen, geben. Die Auftaktplatz der Demo liegt direkt am HBF (Nordausgang). Dort werden die Cops nicht mehr intensiv kontrollieren können, da dort sehr viel los sein wird (verkaufsoffener Samstag, Weihnachtsmarkt ...)

Das PolitikerInnen-Pack wrid höchstwahrscheinlich am Freitag Abend eine Operngala im Aalto-Theater besuchen. Desweiteren wird es für sie einen Empfang auf der Villa Hügel geben.

Es sind weit über 2000 Journalisten in der Stadt, die in Hotels im gesamten Ruhrgebiet untergebracht werden.

Nach Pressegerüchten sollen einige Staatschefs im Hotel Schloß Hugenpoet untergebracht werden.

Am Freitag Abend findet ein Presseabend im PR-Zentrum der Messehallen statt.

Am Samstag erhalten alle Journalisten von der Stadt eine Ausgabe der Ami-Zeitung 'Herald Tribune', die an diesem Tage eine Sonderseite zum Essener Gipfel bringt.

Bezahlt wird diese von der Stadt, Bauausstellung IBA und der Messe.

Am 25. Oktober ist eine Veranstaltung, die auch im kritischen Veranstaltungskalender des Essener Bündnisses gegen den EU-Gipfel auftauchte, von der Stadt Essen (Sozialdezernent Herber) verboten worden, mit der Begründung, daß ein einer Stadt, die ein Gipfeltreffen ausrichtet, ja schlecht EU-kritische Veranstaltungen stattfinden könnten!

HOTELS:
AROSA Hotel, Rüttenscheider Str. 149
Behr's Parkhotel, Alfredstr. 118
Europa, Hindenburgstr. 35
Handelshof, Am HBF 2

Rüttenscheider Hof, Klarastr. 18
Margarethenhöhe, Steile Str. 46
Schloß Hugenpoet, August-Thyssen-Str. 51
Sheraton, Huyssenallee 55
Waldhaus Langenbrahm, Wiedfeldstr. 23

Adressen:
Schlafplatzbörse: AG Schlafplätze, APO-Haus, Mühlheimerstr. 68, 45145 Essen
Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen, Tel.: 0201/83444-16
Grugahalle, Norbertstraße
Aalto-Theater, Rolandstraße 10





„... konnte ein erheblicher Teil des Gefahrenpotentials entschärft werden ..."
(Innenminister Birzele, Baden-Württemberg am 27.3.1994, nachdem dutzende von Kurden und Kurdinnen auf dem Weg zu einer verbotenen Trauerdemonstration in Mannheim von der Polizei festgenommen worden waren)

Aufruf zur Solidarität mit den kriminalisierten Kurden und Kurdinnen in der Bundesrepublik Deutschland!

Am 22.11.1993 verfügte das Bundesinnenministerium das Verbot gegen 29 kurdische Kultur- und Arbeitervereine sowie 6 Organisationen und Informationsstellen der Kurden in der BRD. Obwohl das Verbot gegen die lokalen Vereine und Zentren vom Bundesverwaltungsgericht durch Beschluß vom 15. Juli 1994 außer Kraft gesetzt wurde, reißt die systematische Verfolgung und Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerung in unserem Land nicht ab:

* vermummte und bewaffnete Sondereinsatzkommandos stürmen Privatwohnungen, Vereinsräume und Büros;
* ein junger Kurde, Halim Dener, wurde beim Plakatekleben in Hannover von einem Zivilfahnder erschossen;
* nachdem im „größten Terroristenprozeß in der Geschichte der BRD", der Staatsschutzsenat 1994 eine „terroristische Vereinigung innerhalb der PKK" auf die Zeit bis Oktober 1987 begrenzt hatte, versucht es die Bundesanwaltschaft jetzt erneut: 6 Personen wurden aufgrund eines gleichlautenden Vorwurfs nach § 129a verhaftet, die z.T. kein Wort deutsch sprechen. 24 Stunden am Tag sind sie den menschenverachtenden Isolationshaftbedingungen ausgesetzt;
* die Gesamtzahl der seit dem Verbot verhafteten Kurden und Kurdinnen ist unbekannt;
* die unversöhnliche Härte der bundesdeutschen Justiz zeigt sich in Urteilen wg. Teilnahme an Protestaktionen gegen türkische Einrichtungen vorgenommen wurden: es ergingen Haftstrafen bis zu fast 4 Jahren;
* weiterhin werden Kultur- und Protestveranstaltungen verboten (Kurdistan-Festival in Hannover) oder gewaltsam von der Polizei aufgelöst, selbst wenn sie angemeldet und genehmigt waren (Kurdische Fahrradtour Bonn-Genf);
* fast jede Landesregierung hat Telefone wg. „Spendengelderpressung" eingerichtet, die der Denunzierung von Kurden dienen.

Die Verbote vieler Newroz-Feierlichkeiten in bundesdeutschen Städten führten im März 1994 zum heftigen Protest von Kurden und Kurdinnen: mit Autobahnblockaden und Selbstverbrennungen reagierten sie auf die Verhinderung ihres legitimen Protestes gegen die Unterdrückung und den Krieg gegen ihr Volk in Kurdistan.

Die Äußerung von Herrn Birzele kennzeichnet den bundesdeutschen staatlichen Zynismus: kurdische Menschen sollen hier wie Bomben „entschärft" werden, während auch von bundesdeutscher Militärhilfe finanzierte Bomben kurdische Dörfer und Landschaften zerstören. Tag für Tag.

Das muß ein Ende haben - sofort!

Noch nie hat der Freiheitswillen des kurdischen Volkes soviel politische Solidarität in der BRD erfahren wie in diesem Jahr. Das ist gut, doch reicht es noch lange nicht.

Wir rufen auf zur Gründung eines bundesweiten Rechtshilfefonds und fordern konkret:
Spenden zur Unterstützung der inhaftierten und kriminalisierten Kurden und Kurdinnen! Sie brauchen anwaltliche Unterstützung, Bücher und Zeitungen. Sie brauchen öffentliche Unterstützung zu ihrem Schutz.

Bundesweit engagieren sich Rechtsanwälte, die Kurden und Kurdinnen in den hunderten von Verfahren anwaltlich vertreten. Gemeinsam mit den unterzeichnenden Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen bitten sie um Spenden auf ein zentrales Konto:
BfG-Bank AG Köln, Kto.Nr. 100 718 0300, BLZ 370 101 11, Inh. RA H. Krause, Stichwort: Rechtshilfefonds.

Es rufen auf:
Außerparlamentarische Linke Bonn (ALB); Infoladen Köln; Informationsstelle Lateinamerika Bonn; Aktion 3. Welt, Saar; Kurdistan-Initiative Wiesbaden; Flüchtlingsplenum Aachen; Redaktion „Loch in der Zensur" Aachen; Infoladen Bonn Rivage; DFG/VK Nordrhein-Westfalen; WADI e.V.; Verein für Kommunikation und neue Ökologie Köln; Informationsstelle El Salvador; AK „Kein Fußbreit den Faschisten" Oldenburg; Bündnis 90/ Die Grünen, Landesverband Thüringen; Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Mainz; Libertad!; Komitee gegen den imperialistischen Krieg Hamburg; Feministisches Archiv und Bücherei Bonn; Kein Friede Frankfurt; Autonome Antifa (M) Göttingen; AK Internationalismus Duisburg; Antifaschistisches-Antirassistisches Notruftelefon Saar; HEVRA e.V. Duisburg; Solidaritätsgruppe Kurdistan Oberhausen; Informationsstelle Kurdistan Köln/Bonn; medico international e.V. Frankfurt.
Sowie: Jürgen Neitzert (Köln); Ulla Jelpke, MdB (Bonn); RA H.E. Schultz (Bremen).

Kontakt für weitere Informationen sowie Unterstützer oder Unterstützerinnen:
Informationsstelle Kurdistan e.V. (v.i.S.d.P.), Wolfstr. 10/ Hinterhaus, 53111 Bonn Telefon/Fax: 0228-659513

Castor weg! - Wie? - Nie!

Das Urteil des Verwaltungsgerichtes Lüneburg wenige Stunden vor dem geplanten Transporttermin wird vermutlich schon Anfang 95 vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg - bekannt für seine ausnahmslos negativen Entscheidungen gegen AKW-GegnerInnen - neu verhandelt werden und das Ganze von vorne losgehen. Trotzdem haben wir uns alle erstmal riesig gefreut.

Im Wendland war Belagerungszustand: Zuletzt 5500 Bullen und Bulletten, auf mancher Bundesstraße war es zeitweilig nur noch grün. Die Landkreisverwaltung veröffentlichte einen Tag vor dem geplanten Transport eine sechsseitige Verbotsverfügung für Versammlungen und Aufzüge in der örtlichen Elbe-Jeetzel-Zeitung (die Bewegung dankt: Nirgendwo sind bislang so umfassend und genau die Aktivitäten der Castor-GegnerInnen dargestellt worden wie in der EJZ). Diese Verbotsverfügung galt auch schon für die letzte große Demo am 19.11.94, wurde aber vollständig ignoriert; alle TeilnehmerInnen wurde öffentlich über die EJZ ein Ordnungswidrigkeits-Verfahren angedroht und den mit ihren Traktoren teilnehmenden ca. 50 BäuerInnen wurde in Aussicht gestellt, daß die Traktoren als Tatmittel angesehen und eingezogen werden können: "Eingezogene Gegenstände gehen in Staatshand über, was für die betroffenen Landwirte bedeutet, daß sie ihre Traktoren für immer verlieren" (EJZ). Über mindestens zwei Tage sollten die Bullen das Recht haben, PKWs ohne Dannenberger Kennzeichen die Fahrt ins Wendland zu untersagen.

Der geplante Einlagerungstermin konnte also erst einmal verhindert werden, was sich im Wesentlichen dem breiten Widerstand vor Ort verdankt.

"Die gegenseitige Rücksichtnahme von BI und anderen AKW-Gegnern auf die unterschiedlichen Vorstellungen vom Vorgehen gegen den Castor hat sich bewährt. Auch wenn es in der konkreten Praxis oftmals schwierig und mitunter desillusionierend ist, ergänzen sich Zeitungsanzeigen, Feldgottesdienste, Treckerdemos, Hüttendorf und Karawane, Sabotageaktionen und Barrikadenbau erst zu einem Gesamtbild, welches für die Herrschenden einfach unberechenbar ist und die Stärke des Widerstandes ausmacht" (aus einem wendländischen Flugi der letzten Zeit)

Von Gewalttätern distanzieren

Dokumentation aus der Elbe-Jeetzel-Zeitung v.25.11.94

Abgesehen davon, daß auch ich gegen diese Transporte bin, verstehe ich aber unter Protest etwas anderes als diese sogenannten „Umweltschützer", die Bäume fällen, obwohl man sonst für die Erhaltung der Bäume eintritt, die Bahngleise zerstören, obwohl diese Leute sonst fordern, daß der Autoverkehr auf die Schiene verlagert werden soll.

Da werden wilde Plakatierungen durchgeführt, Orts- und Verkehrsschilder zugeklebt und überall wild herumgeschmiert. Dieses alles hat überhaupt nicht das geringste mehr mit dem im Grundgesetz verankerten friedlichen Demonstrationsrecht zu tun.

Trotz Vermummungsverbot traben sogenannte Demonstranten vermummt durch die Landschaft und Ortschaften. Es handelt sich offenbar nicht um echte Demonstranten, sondern um Leute, die ganz andere Ziele verfolgen. Wer nicht mit „offenem Visier" demonstriert, will etwas verbergen und meint es nicht ehrlich. Straßenbarrikaden, brennende Autoreifen, Gefährdung der Straßenverkehrsteilnehmer sind Delikte, die den Landfrieden erheblich stören.

Die ernstmeinenden Demonstranten sollten sich schleunigst von den Gewalttätern distanzieren und diese von Demonstrationen aussperren, damit ihr gutes Wollen keinen schlechten Anstrich bekommt.

Klaus Hoffmann, Bad Bevensen





Liebe Leute vom Zeck,

versucht doch bitte einmal, weniger ideologisch verkrampft, elitär und autistisch zu sein und dafür mehr (wahrhaft und originär, kein Wiederkäuen von RAF-Erklärungen) subversiv, aufrührerisch und zumindest verbal staazvernichtend!

Wofür soll es gut sein, noch im November über eine Aktion schwulenfeindlicher Sittenpolizistinnen vom Juli zu debattieren („wie schon im Zeck von vor 3 Monaten geschrieben wurde..." „Wie wir schon in unserm Statement von Anno Toback so richtig gesagt haben" „Blablablarhabarberrhablah" „32. Wiederholung der 19. Fortsetzung") oder die Affaire Waßmann noch bis zum Jahr 3000 auf dem Stövchen lauwarm zu halten??

Und außerhalb vom miefigen Kleinklimabereich der Schanze herrschen Haß und Kleinterror gegen alles Andersartige, rassistische Pogrome, Abschaffung von Grundrechten, sozialer Kahlschlag, Gentechnologie, Stihl, Kohl und Gülle.

Die Flora gefällt sich im Verbalradikalismus über Nebenwidersprüche „unserer Gesellschaft" (um eigene Tendenzen Richtung Kommerz und Etablierung zu überlärmen?), während „draußen" alles den Bach runtergeht.

Gebt denen Saures, die es verdienen! Bekämpft die Ultradrogen Geld und Macht, die in diesem Land alles durchtränkt haben und die sich überall einschleichen, schlimmer und effektiver als Bullenspitzel, auch bei Euch! Haut den Herrschenden ihre Dummheit und Verantwortungslosigkeit, ihre Verbrechen und Lügen um die Ohren! Aufruhr und Anarchie!

Ein schwuler Mann aus der Döse

Bemerkung der Sätzerin:
Wer Sexismus und den Kampf der Frauen um eine Auseinandersetzung über Sexismus auch „unter uns" zum Nebenwiderspruch degradiert, disqualifiziert sich und sein „revolutionäres" Anliegen selber.

Freiheit und Bleiberecht für alle Abschiebehäftlinge in Glasmoor oder anderswo !

Am Sonntag den 6.11.94 rebellierten ca. 40 Häftlinge des Hamburger Abschiebeknastes in Glasmoor gegen ihre Haft und ihre Haftbedingungen, indem sie sich nach dem ihnen nur zugestandenen einstündigen Hofgang weigerten, in die Zellen zurückzukehren. Die Staatsmacht fuhr sofort ein Großaufgebot von Polizei (u.a. MEK), Krankenwagen und Feuerwehr auf. 5 Stunden später, nachdem eine Häftlingsdelegation mit Beauftragten der Hamburger Ausländerbehörde gesprochen hatte, begaben sie sich wieder in die Zellen.

Von den bürgerlichen Medien inklusive der taz wurde dieser Protest auf geradezu zynische Weise umgedeutet und auf die staatliche Verwertungslogik zurechtgestutzt: So verkündeten alle die vom Stadtrat Raben ausgegebene "Wahrheit": Die Flüchtlinge, allesamt "Wirtschaftsflüchtlinge", hätten keine Forderungen und Beschwerden, sie wollten nur schneller abgeschoben werden.

Vor Ort gibt sich jedoch ein anderes Bild: Die Flüchtlinge, die u.a. aus Nigeria, Ghana und Algerien kommen, wollen auf die unmenschliche Abschiebehaft hinweisen und forderten die sofortige Freilassung.

Die Ausländer- und Justizbehörde reagierten prompt. Die am Sonntag zugesagten Einzelfallüberprüfungen wurden zwar (ergebnislos) durchgeführt, dann jedoch wurde ein Großteil der Protestler ins UG (Untersuchungsgefängnis Holstenglacis in Hamburg) zwangsverlegt. Im Abschiebeknast Glasmoor wurden die Besuchszeiten sowohl für Angehörige als auch für UnterstützerInnen bis auf weiteres ausgesetzt. Der einstündige Hofgang darf derzeit nur in von der Anstaltsleitung festgelegten Kleingruppen stattfinden. Trotz der de-facto-Nachrichtensperre gelang es, über verschiedene Delegierte (GAL-HH, Interessenvertretung afrikanischer Flüchtlinge), sowie durch diverse Gespräche am Zaun, ein näheres Bild über die Situation im Knast zu bekommen. Ein Großteil der Inhaftierten ist bereits seit mehreren Monaten dort eingesperrt, eine Aufklärung über ihre Situation oder ihre Rechte findet nicht statt. Viele haben auch nicht die finanziellen Mittel, eineN Anwalt/Anwältin einzuschalten. Darüber hinaus wurde diskriminierendes Verhalten der Schließer (privates Sicherungsunternehmen WAKO Nord-



Foto: FotoArchivKollektiv

GmbH) bis hin zu übelsten Mißhandlungen offenkundig:

- Anfang Oktober wurden 3 Afrikaner von 4 Schließern brutal verprügelt.
- Ein Afrikaner war mit dem neuerlichen getrennten Hofgang (s.o.) nicht einverstanden und protestierte dagegen. Er wurde daraufhin zusammengeschlagen.
- Ein anderer Häftling erkundigte sich lautstark nach dem Stand seiner Haftprüfung. Er wurde ebenfalls mißhandelt.
- Ein Inhaftierter, der über Übergriffe des Wachpersonals berichtet hat, wurde "zur eigenen Sicherheit" ins UG zwangsverlegt. Gegen ihn hat die Anstaltsleitung höchstwahrscheinlich auch Anzeige wegen Verleumdung gestellt.

Da es im Moment immer noch sehr schwer ist, Informationen über den Knast zu erhalten, schließlich werden die meisten ja von dort aus direkt abgeschoben (alleine im September und Oktober 1994 76 Abschiebungen), muß angenommen werden, daß es sich nur um die Spitze des Eisberges handelt. Eine Situation, die bewußt zur Einschüchterung und Repression in Kauf genommen wird.

DEMONSTRATION
am 03.12.94 11:30 Uhr U-Bahn Garstedt

Jeweils Sonntags wird es im Dezember "Spaziergänge" zum Knast geben. Infos unter 431587

"Solange die Neiße tief und reißend ist, erübrigt sich ein Schießbefehl."

Tote an der deutschen Grenze

Menschen ertrinken – Kanther läßt feiern

In der Nacht vom 27. auf den 28. August ertranken mindestens sieben Menschen in der Neiße, dem Grenzfluß zwischen Polen und Deutschland. In dieser Nacht versuchte eine Gruppe von Flüchtlingen, wahrscheinlich 12 Tamilen und 10 Pakistani, die Neiße zu überqueren. Nur durch Zufall erfuhren es mehr Menschen als die direkten Augenzeugen, einerseits die Überlebenden der Flüchtlingsgruppe und andererseits die Grenzbeamten, die die Ertrinkenden nicht retteten.

Am 5. September ruft Herr Sellapeh Kanthasamy aus Krefeld bei der Antirassistischen Initiative (ARI) in Berlin an und bittet um Hilfe bei der Suche nach seinem Lohn Sutharsan. Herr Kanthasamy ist Tamile aus Sri Lanka, 1984 floh er vor dem dortigen Terror gegen die Tamilen, seine Familie mußte er bei der Flucht zurücklassen. Schon vor zwei Jahren erreichte ihn ein Hilferuf seines Sohnes Sutharsan aus Colombo, der schon fünf Mal verhaftet, einige Male auch gefoltert wurde. Als im August auf Sri Lanka wieder Wahlen anstanden, sollte Sutharsan zu seinem Vater nach Krefeld kommen. "Wir hatten Angst, daß es wieder Razzien und Verhaftungen geben würde, falls die Regierungspartei verlieren sollte. So war das nämlich früher schon oft. Dann wird es für Tamilen und vor allem für Jugendliche lebensgefährlich. Deshalb mußte mein Sohn das Land verlassen" erzählt Herr Kanthasamy. Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte Sutharsan in NRW auch Asyl bekommen, junge männliche Tamilen werden hier als politisch verfolgt eingestuft. Die deutsche Botschaft in Colombo verweigerte ihm jedoch ein Visum. Also blieb nur der illegale Weg nach Deutschland. Ende August rief Sutharsan von Polen aus seinen Vater an, daß er in zwei bis drei Tagen bei ihm wäre.

Bei der Antirassistischen Initiative in Berlin arbeitet auch ein Tamile mit, Singham. Er fährt nach Krefeld zu Herrn Kanthasamy und verspricht ihm, seinen Sohn zu suchen. Dann fragt er tagelang in den Asylbewerber-Aufnahmelagern in Brandenburger Grenzgebiet, ohne Erfolg. Niemand kennt Sutharsan. Jedoch erfährt er, daß ein anderer Tamile auf seine Freundin aus Sri Lanka wartet und daß mehrere Leute nicht angekommen seien, die am 27./28. August die Neiße überqueren wollten. Zwei Leute, die bei der Flußüberquerung dabei waren, seien im Umverteilungslager XX und YY.

Es ist nicht einfach die Zeugen zu finden und sie zum Reden zu bewegen, sie wollen auf keinen Fall bekannt werden. Warum? Nicht etwa, weil sie sich unterlassene Hilfeleistung vorzuwerfen hätten oder weil ihnen das Schicksal der anderen Flüchtlinge gleichgültig wäre.

Wenn sie jedoch zugeben, über die Neiße nach Deutschland gekommen zu sein, haben sie ihre Chance auf Asyl von vornherein verspielt. Seit der Asylrechtsänderung letztes Jahr gilt Polen wie alle anderen an Deutschland angrenzenden Länder, als "sicherer Drittstaat". Wer über einen solchen in die BRD einreist, wird sofort wieder dorthin zurückgeschoben. Das hieße für die Zeugen, noch einmal den gefährlichen Weg über die Neiße versuchen zu müssen, denn ein zurück gibt es für sie nicht.

EIN ÜBERLEBENDER BERICHTET:

"Ein Pakistani hat uns am 26. August hierher gebracht. 22 Leute waren wir. Damals war das Wasser im Fluß sehr schnell. Der Pakistani hat uns gesagt, wir sollten alle reingehen. Wir haben uns an den Händen gefaßt, eine Kette gebildet und sind ins Wasser gestiegen. Zuerst ging uns das Wasser nur bis zum Hals, aber plötzlich stieg es über den Kopf. Wir haben alle den Boden unter den Füßen verloren. Überall waren Schreie, die Leute haben um Hilfe geschrien. Ich versuchte zu schwimmen, irgendwie durch den Fluß zu kommen. Das war schwierig, weil sich zwei Leute an mir festhielten. Immer wieder haben sie mich unter Wasser gezogen. Ich wollte sie ja retten, aber es ging nicht. Die Strömung war zu stark."

Ob es Zeugen gegeben hat?

"Als wir im Wasser um Hilfe schrien, kam die polnische Grenzpolizei. Sie hat uns gehört und Leuchtmunition gefeuert. Ich habe gesehen, wie die anderen vom Wasser weggerissen wurden. Und die Grenzpolizei hat das auch gesehen. Aber sie hat nicht geholfen."

Ein paar Tage später findet sich ein zweiter Zeuge, auch er hat bisher, unter quälenden Schuldgefühlen, aus Angst geschwiegen und will anonym bleiben. Er berichtet übereinstimmend zum ersten.

"Jede Nacht habe ich Alpträume, jede Nacht die Schreie im Ohr von zwei Frauen, die um Hilfe riefen. Immer wieder sehe ich, wie das Wasser sie weggerissen hat. Ich kann nur sagen, Gott hat mich gerettet. Ich konnte doch überhaupt nicht schwimmen. In der Hand hatte ich eine Tasche, die habe ich weggeworfen und dann habe ich mit den Armen gerudert. Dann war da ein Busch, und an dem konnte ich mich festhalten. So viel ich weiß, haben es insgesamt vier Pakistani und vier Tamilen geschafft."

Ob es Zeugen gesehen haben?

"Ja sicher, die polnische Grenzpolizei war doch dabei. Sie waren auf der polnischen Seite und sie haben in die Luft geschossen und Leuchtmunition abgefeuert. Daher denke ich, daß es die polnische Polizei war. Sie waren da, als wir um Hilfe schrien, aber sie haben uns nicht geholfen. Stellen Sie sich das vor, die waren die ganze Zeit dabei und haben zugeschaut. Ich weiß nicht, warum sie uns nicht geholfen haben."

Der Zeuge kann sich an Rufnamen von Leuten erinnern, die er nach der Überquerung der Neiße nicht mehr gesehen hat. Zwei Frauen waren dabei, Subathira und Pava. Vier Männer: Arunakiri, Nathan, Jud und Rajan. "Und dann war da noch ein Junge: Sutharsan. Er hatte etwas vorstehende Zähne, dichtes Haar bis tief in die Stirn. Als er ins Wasser ging, trug er nur eine blaue Jacke und eine Unterhose. Sonst nichts."

In der Nacht zum 28. August sind also mehrere Menschen an der deutsch-polnischen Grenze ertrunken. Auch zwei Wochen später hat niemand über sie berichtet, es gab keine Meldung über einen Unfall. Die Flußüberquerung muß in der Nähe von Forst stattgefunden haben.

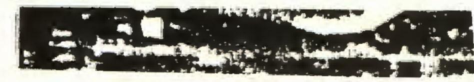
DIE TOTEN WERDEN TOTGESCHWIEGEN:

Die ARI forscht nach: Beim Bundesgrenzschutz (BGS) in Forst zum ersten Mal am 9.9.: Ob sie etwas von Toten in der letzten Zeit wüßten oder gehört hatten. Der BGS verneint die Frage.

Der UNHCR (Hoher Flüchtlingskommisar der UN) in Warschau will sich umhören und wieder melden.

Danuta Klänge, die Ausländerbeauftragte des Kreises Forst/Lausitz, hat von zwei toten Frauen auf der polnischen Seite

gehört, weiß aber nichts genaueres. Sie will sich auf der polnischen Seite umhören. Zudem schlägt sie vor, das Ausländeramt in Forst anzurufen.
Das Ausländeramt in Forst weiß nichts und fühlt sich auch in keiner Weise zuständig. Danuta Klänge hat von polnischen Beamten inoffiziell bestätigt bekommen, daß zwei tote Frauen in der fraglichen Zeit gefunden wurden aus Indien oder Sri Lanka. Mit dieser Aussage konfrontiert hat nun auch der BGS von drei Toten, darunter zwei Frauen, auf polnischer Seite gehört. Er will weitere Informationen von der ARI. Diese schickt ihm ein Fax mit den Namen.
Weitere Recherchen nach Sutharsan Kanthasamy und anderen Verschwundenen bei Grenzbehörden, Polizei und Botschaften in Deutschland und Polen (mit Unterstützung des Polnischen Sozialrats in Berlin) verlaufen aufreibend und stets mit dem gleichen Ergebnis; Niemand weiß etwas. Dann aber meldet sich ein Journalist, der für eine Lokalredaktion im polnischen Grenzgebiet Zielona Gora schreibt: er befasse sich mit dem Tod von sechs asiatischen Flüchtlingen.
An dem Tag, an dem Herr Kanthasamy bei Singham anrief, schrieb er in der Gazette Lubuska: "Am Donnerstag, dem 1. September, wurde beim Wasserwerk Zasjeki die Leiche einer jungen, dunkelhäutigen Frau gefunden. Sie hatte keine Dokumente bei sich." Die Information hatte er von der polnischen Polizei, die bisher Singham gegenüber abstritt, irgend etwas zu wissen.
Zusammen mit dem Reporter gibt es am 14.9. ein Treffen mit dem zuständigen Polizeikommissariat, das nun an Singhams Informationen interessiert ist und selbst bereitwillig Auskunft erteilt. Hauptkommissar Stankiewicz scheint betroffen, er zeigt die Stelle am Wasserwerk, wo zuerst die Frau, dann ein Mann mit Personalausweis, am 4. September im Abstand von wenigen Stunden drei weitere Männer und am 5. September noch eine Frau angetrieben wurden. "Wissen Sie, das ist bestimmt nicht das erste Mal und auch nicht das letzte Mal passiert. Aber so viele Tote in so kurzer Zeit - das habe ich auch noch nicht erlebt."
Stankiewicz kann die Toten nicht identifizieren und bittet Singham um Mithilfe. Auch die deutsche Polizei hat er schon um Hilfe gebeten.
Die deutsche Polizei? Ja, am 5.9. wurde ein Fax an die Kripo in Cottbus geschickt mit der Bitte, bei der Identifizierung behilflich zu sein. Auch der BGS wurde informiert. Er schickte den polnischen Behörden Unterlagen über im entsprechenden Zeitraum Abgeschobene zu. Die ARI kann diese Akten einsehen. Außerdem, sagt der Hauptkommisar, wissen die Deutschen sowieso Bescheid: Auf deutscher Seite wurde vom BGS doch der erste Tote gefunden, schon am 30. August.
Singham konfrontiert den BGS mit dieser Aussage. Warum bekommt er auf konkrete Anfragen - er sucht nach dem Verbleiben von Sutharsan Kanthasamy - keine Auskunft, obwohl schon vor Wochen der erste Tote gefunden wurde, vielleicht war es Sutharsan? Es sei ein Pakistani gewesen, sagt der BGS, er hatte einen Personalausweis bei sich. Der Name dürfte aus datenschutztechnischen Gründen nicht genannt werden. Sutharsan hatte keinen Ausweis dabei - der ist bei seinem Vater in Krefeld.
Singham hat einen deutschen Paß - er kann problemlos die deutsch-polnische Grenze passieren, so oft er will.
Wieder beim polnischen Polizeikommissariat bekommt die ARI Einsicht in die Akten, Gegenstände, die bei den Toten gefunden wurden: Der Personalausweis von Arunakiri. Ein Paßfoto, Schmuck, ein Verzeichnis von Telefonnummern, ein Liebesbrief. Und Fotos von den sechs Leichen nach der Obduktion. Schreckliche Bilder. Sie werden Singham ausgehändigt. Soll er sie veröffentlichen?
"Ich würde sagen, das sollte man zeigen. Wir sind nicht gekommen, zu töten oder getötet zu werden. Und das passiert einfach an der Grenze. Und ich kann dir nicht sagen, ob die deutschen Bürger das irgendwie verletzt (...) Wir müssen das zeigen, damit die Leute sich einigermaßen vorstellen können, was passiert in diesem Land. Warum kommen die Leute, warum gehen sie ein solches Risiko ein, obwohl das ihr Leben gefährden könnte. Das sollte man zeigen."
Von Angehörigen und den Überlebenden können mit Hilfe der Fotos vier Tote identifiziert werden.
Sutharsan ist dabei. "Das ist Sutharsan, ganz bestimmt. Diese Unterhose und die blaue Jacke. Das ist Sutharsan."
An den Ohrringen und der Nase wird Subathira Sellaiah von ihrem Bruder erkannt. Zwei Jahr war sie unterwegs, sie wollte zu ihrem Verlobten nach Augsburg. Moses Rajan hatte ein Bild seiner Frau und seinem Kind, einen Rosenkranz, ein Kreuz und die Telefonnummer seiner Schwester in der Schweiz mit ins Wasser genommen. Eine Woche vor seinem Tod überquerte er schon einmal die Neiße, wurde vom BGS aufgegriffen und nach Polen zurückgeschoben. Den zweiten Versuch überlebte er nicht.
Arunakiri wollte nach Paris zu seiner Freundin. Er hatte einen Brief von ihr bei sich: "Mein lieber Arunakiri, selbst wenn das tiefe Meer austrocknen sollte - meine Liebe zu Dir wird nicht vergehen. Wenn ich Dich heiraten soll, wie Du mir immer sagst, dann komm nach Paris. Meine Eltern und ich - wir alle wünschen die Hochzeit."
Begraben sind die sechs Menschen in einem anonymen Grab, ein Holzkreuz auf einem Erdhügel, am Rande des Friedhofes in Zary, weit abseits von den anderen Gräbern.



AUFRÜSTUNG AN DER OSTGRENZE:
Die ertrunkenen Flüchtlinge lagen schon im namenlosen Grab, als am 5.10.1994 Innenminister Kanther mit seinem polnischen Amtskollegen an der Neiße die gute deutsch - polnische Zusammenarbeit lobte. Man war sich einig, "daß Wanderbewegungen nicht unkontrolliert die Länder West- und Mitteleuropas erreichen dürfen." Es wurde die Einweihung von vier neuen Grenzschutzbooten gefeiert, die neueste Aufrüstung der deutschen Ostgrenze. Mit modernster Technik ausgerüstet, sollen sie rund um die Uhr dazu beitragen, Flüchtlinge abzuwehren. Seit der Asylrechtsänderung im Mai 1993 wurden bereits die Bundesgrenzschützer von 1650 auf 4660 erhöht, 23 Stellen mit 456 mobilen Überwachungstrupps wurden neu eingerichtet, vier Polizeihubschrauber suchen aus der Luft und 66 Infrarotgeräte sollen bei Nacht verhindern, daß Flüchtlinge diese Grenze überwinden. Die Maßnahmen sind "erfolgreich".
Da flache Flußseiten besonders scharf überwacht werden, sind Flüchtlinge gezwungen, an immer gefährlicheren Stellen in den Fluß zu gehen. Ist der Fluß nur tief und reißend genug, dann erübrigt sich ein Schießbefehl.



Der Artikel beruht auf den Protokollen der Antirassistischen Initiative (ARI) Berlin und, mit freundlicher Genehmigung der Autorinnen, des Dokumentarfilms "Tod in der Neiße" von A. Everwien und E. Sasse, der in Zusammenarbeit mit dem ARI erstellt wurde.

Roving Bottles Konzert nur für Frauen ?

- die kurze Kariere einer spannenden Idee

Wir, die Roving Bottles sind eine Band, die aus 5 Männern und 2 Frauen besteht. Auf unseren Konzerten in verschiedenen Städten haben wir viele mehr oder weniger autonome Zentren kennengelernt. Dabei fiel immer wieder auf, daß Gegenkultur noch lange nicht heißt, daß Männer und Frauen dort andere Rollen einnehmen, als sonst und daß das auch selten deutlicher Anspruch war. Während der Konzerte war es vielmehr oft so, daß Männer den größten Teil des Raumes für sich beanspruchen, am rücksichtslosesten tanzten oder laut rumgrölten und nicht selten Frauen anmachten. Die anwesenden Frauen hatten wenig Lust unter diesen Bedingungen zu tanzen und wurden so oft verdrängt.

Durch die Auseinandersetzung um "Heiter bis Wolkig" und Sexismus in der linken Szene, die durch die "Zeck" viele Leute erreichte, begann auch bei uns eine Diskussion über Männerdominanz auf Konzerten, bei der Technik in Bands, in unserer Band und der ganzen Musikszene überhaupt.

In ihrem Verlauf entstand dann sehr spontan die Idee, ein Konzert in der Flora nur für Frauen zu veranstalten. Auf diesem wäre dann Männerdominanz im Publikum durch pogotanzende Typen und Macker die mit dem Ellenbogen an der Theke lehnen und sich die tanzenden Frauen anschauen kein Thema.

Wir hatten nun einige Zweifel, ob das eine gute Idee sei und beschlossen zunächst einmal befreundeten Frauen davon zu erzählen. Die Reaktionen waren durchweg negativ.

Die Hauptkritik richtete sich dagegen, daß eine Band, die mit 5 Typen und nur einer Frau auf der Bühne steht natürlich keine Konzertsituation schaffen kann, in der Männer und Männerdominanz keine Rolle mehr spielen. Und das Frauen stark organisiert und kreativ genug sind, um sich ihre Freiräume selber zu schaffen und keine Männer dazu benötigen und sie auch gar nicht dabeihaben wollen. Ein Konzert ausschließlich für Frauen als erster und vielleicht auch einziger Versuch Konzerte frauenfreundlicher zu gestalten, sei ja auch ziemlich schwach. Der Anfang müsse ja wohl woanders liegen, in einer konsequenten Diskussion zu dem Thema innerhalb der Band und ihrer Strukturen (z.B. Frauenquote), wie auch in den Bemühungen, alle Konzerte frauenfreundlicher zu gestalten.

Ähnliche Einwände gab es auch schon bei uns und die Diskussion über unsere Rolle auf der Bühne und über Strukturen in der Band ist nun ein bißchen in Schwung gekommen, die Idee eines Konzertes ausschließlich für Frauen haben wir aber vorläufig erstmal verworfen. Das Konzert am 9. November wird also ein "normales" sein.

Der Grund für diesen Artikel ist, daß wir das Thema "Sexismus in der Gegenkultur" mit mehr Leuten und vor allem Frauen diskutieren wollen. Dabei sind uns die Erfahrungen mit Konzerten und speziell unseren Konzerten wichtig. Bitte schreibt uns doch eure Kritik und Anregungen an die folgende Adresse(oder sprecht uns an) : Roving Bottles, c/o Cafe und Buch, Marktstraße 114, 20357 Hamburg.

Das ganze ist ein Solikonzert für Cafe und Buch, dessen Fortbestand aus finanziellen Gründen gefährdet ist.



ist ein linkes Buchladenkollektiv mit inzwischen 17-jähriger Geschichte.

Eine entscheidende Veränderung war der Umzug von Altona in's Karoviertel in die Marktstraße vor 3 Jahren.

Unsere alten Räume in der Holstenstraße wurden uns im Zuge der Umstrukturierung dort (Neubau Phantom) gekündigt.

Daß wir in die Marktstr. gezogen sind, war zunächst eine Notlösung, denn der Raum hier ist wesentlich kleiner. Doch mit der Zeit ist klargeworden, daß unser Laden im Karoviertel ziemlich wichtig ist.

Die Situation im Viertel ist schwierig: Rassismus, ungesicherte Lebensverhältnisse vieler Menschen, wenig Kommunikation & Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, linke Grabenkämpfe,.usw.

Dabei bieten wir als Laden einen offenen Raum, der über Bücher- und Zeitschriftenverkauf hinausgeht.

Eine weitere wichtige Änderung ist, daß wir seit 2 Jahren ein LesbenFrauenkollektiv sind. So zusammen zu arbeiten finden wir politisch wichtig, es ist für uns inhaltlich effektiver & macht mehr Spaß! Unser feministischer Schwerpunkt spiegelt sich in unserem Sortiment wider. Daß unser Laden nach wie vor für Frauen und Männer geöffnet ist, ist für uns dabei kein Widerspruch.

Keine von uns hier hat einen bezahlten Arbeitsplatz - das war auch nie so gedacht. Da wir nicht profitorientiert arbeiten, ermöglichen wir uns die Freiheit, unser Sortiment selbst zu bestimmen,(z. B. gezielt kleine Verlage bevorzugt anzubieten, einige Rubriken wie Esoterik jedoch nicht).

Mit unserem Geld unterstützen wir regelmäßig das selbsverwaltete Tagungshaus Alte Schmiede in Karze, die Hamburger Studienbibliothek (Schwarze Katze) und finanzieren ganz oder anteilig Buchsendungen an Gefangene. Nach Möglichkeit spenden wir für weitere linke Gruppen und Zusammenhänge, wie kürzlich für die kriminalisierten AntifaschistInnen in Berlin.

Das Geld, das Ihr bei uns laßt, ist also sinnvoll ausgegeben. Vor allem deswegen, weil wir zur Zeit auf einem Berg offener Rechnungen sitzen und die Lage sich soweit verschärft hat, daß wir den Laden im Frühjahr schließen müssen, wenn sich daran nicht schnell etwas ändert.

Also kommt vorbei und stöbert! Bücher, die wir nicht da haben, können wir fast alle auf den nächsten Tag bestellen.

Kaffee, Tee und so manchen guten Tip haben wir auch für euch.

Wir suchen noch LesbenFrauen, die Lust haben, bei uns mitzumachen!!!

Kommunikation ist Sabotage!

Die Collectivas

!!! Bambule bleibt !!!

LES JEUX SONT FAITS !

Zum Antifa – Prozeß in Berlin (Herbst 94)

Am 15.11.94 endete nach 13 Verhandlungstagen der Prozeß gegen sieben Männer und Frauen, die wegen gemeinschaftlichen Mordes an Gerhard Kaindl und gemeinschaftlicher sechsfacher schwerer Körperverletzung an den weitereren TeilnehmerInnen des Nazitreffens im Chinarestaurant angeklagt wurden.
Der Prozeß wurde im Einvernehmen mit sämtlichen Beteiligten früher abgebrochen als eigentlich vorgesehen. Seitens der Angeklagten belief sich der Deal darauf, auf das Auseinandernehmen der Staatsschutzbullen zu verzichten und die Zusammenarbeit von Bullen und Faschisten nicht weiter zu thematisieren. Außerdem versicherten ihre AnwältInnen, daß sie nach der Urteilsverkündung keinerlei Rechtsmittel einlegen würden.
Zugesagt wurden ihnen relativ milde Strafen für alle Angeklagten. In der verbleibenden Knastzeit sollen die, die nicht entlassen werden, Freigängerstatus bekommen. Das heißt, daß sie zur Arbeit aus dem Knast rauskönnen, sich aber jeden Nachmittag wieder 'stellen' und zurückkommen müssen. Außerdem wurden alle, die sich noch in Untersuchungshaft befanden, vorläufig, bis zu ihrem Haftantritt (ist noch nicht klar wann) freigelassen.

Urteile:

Schon am 1.11. wurde Zeki (Abidin Eraslan) freigesprochen, nachdem er am 25. 10. aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Zeki hatte sich gleich nachdem ihm klar war, daß er gesucht wurde, den Bullen gestellt und gesagt, daß er unschuldig sei. Im Prozeß wurde dies von allen, die Aussagen machten, bestätigt. Zwei weitere Zeugen erklärten, daß Zeki zur fraglichen Zeit mit ihnen zusammen in ihrer Wohnung gewesen sei.
Devran (Fatma Balamir) bekam am 28.10. Haftverschonung, da ihr im Prozeß keine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen worden war. Sie wurde zu einer Jugendstrafe von 15 Monaten Knast auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Ein altes Urteil von 8 Monaten auf Bewährung wurde miteinbezogen. Begründet wurde die Strafe mit 'psychischer Beihilfe zur gemeinschaftlichen Körperverletzung mit Todesfolge'.
Toni (Carlo Blietz), Sefkan (Seyho Karaaslan) und Hasim (Mehmet Ramme) wurden zu drei Jahren Knast verurteilt, wegen 'gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge' und 'Beteiligung an einer Schlägerei'.
Bazdin (Bahrettin Yoldas), der Hauptzeuge der Staatsanwaltschaft, bekam 2 Jahre Jugendstrafe auf 3 Jahre Bewährung mit der gleichen Begründung wie oben.
Erkan Sönmez, der zuletzt in der geschlossenen Abteilung der Karl- Bonhoeffer-Nervenklinik gefangen war, wurde zur gleichen Zeit wie die letzten Untersuchungsgefangenen, zu seiner Familie entlassen.
Ein psychatrisches Gutachten erkannte ihn als schuldunfähig an. Seine sämtlichen Aussagen durften gerichtlich nicht verwertet werden. Forderte die Staatsanwältin vor Wochen noch seine zwangsweise Unterbringung in eine geschlossene Abteilung einer Nervenklinik, so erklärte das Gericht jetzt, Erkan sei keine Gefährdung für die Öffentlichkeit und entsprach dieser Forderung nicht. Ihm wird freigestellt, wo und wie er eine Therapie macht.
Somit sind alle Gefangenen zumindest vorläufig aus dem Knast/der Psychatrie raus!
Wir sind ziemlich froh, daß Erkan's Zwangseinweisung ausgeblieben ist. Für uns ist es ein Widerspruch, einerseits aus unserem eigenen politischen Selbstverständnis heraus, die Beurteilung eines psychatrischen Gutachters (paranoid halluzinatorische Schizophrenie) so wie die gängige Praxis der Psychatrie (z.B. der ungebrochene Glaube an die medikamentöse Behandlung) als Macht- und Kontrollinstrument der Herrschenden in Frage zu stellen, andererseits die Strategie der VerteidigerInnen zu unterstützen, die darauf hinauslief, daß Erkan 'begutachtet' wird, damit seine Aussagen nicht verwertet werden können, was folgerichtig aber u.U. Zwangseinweisung in eine geschlossene Psychatrie, hätte bedeuten können. Dieser Widerspruch ist in der Unterstützungsarbeit nicht groß thematisiert worden, da niemand eine andere Lösung parat hatte.

Was ist mit den Gesuchten?

Die Haftbefehle gegen Rebecca und Hans-Georg, zwei der vier Gesuchten, wurden aufgehoben. Ob die Aussicht besteht, daß auch der Haftbefehl gegen Orhan aufgehoben wird, ist uns zur Zeit noch nicht bekannt. Genausowenig die Begründungen für oder gegen eine Aufhebung. Der Haftbefehl gegen Gengiz bleibt auf jeden Fall bestehen, da er im Prozeß belastet wurde, Kaindl erstochen zu haben.



Wir wollen in diesem Text eine Einschätzung des Prozesses wagen, eine Kritik an den Angeklagten sowie den ZuschauerInnen, die sich bis auf einige der Familienangehörigen der Angeklagten, durchweg aus linker Scene zusammensetzten.
Gerade in letzter Zeit sind einige Prozesse gegen Linke gelaufen, die alles andere als erfreulich waren. Immer wieder erpressen RichterInnen Geständnisse und 'angebliche Reue' von den Angeklagten, indem sie ganz klar vorgeben, wie sie verurteilen werden, wenn auf ihre Bedingungen eingegangen wird oder nicht. So war es z.B. beim Antifaprozeß in Gießen, siehe Swing Nr.63. Immer wieder reden Leute zu viel vor Gericht oder zu früh (schon vor dem Prozeß), verhalten sich unsolidarisch gegenüber anderen Betroffenen. Deshalb ist es notwendig, Kriterien zu diskutieren, die mithelfen, Pannen zu vermeiden, die Angeklagte bei ihren schwierigen Entscheidungen zu unterstützen und zu stärken. Kriterien, die nicht dazu da sein sollen, das Verhalten der Angeklagten auf eine einzige 'richtige' Möglichkeit einzuengen, sondern, die auf einen solidarischen Umgang aller Betroffenen abzielen und darauf, die eigenen Ideen und Überzeugungen nicht gänzlich verbergen und leugnen zu müssen. Wir denken nicht, daß ein Gerichtsverfahren unser Kampfterrain ist. Frau/Mann steht relativ machtlos da und soll von politischen GegnerInnen abgeurteilt werden. Trotzdem ist es möglich dabei die eigene Achtung zu wahren und sich nicht auf die Ebene einzulassen, die vom Gericht angestrebt wird.

Ausgangspunkte

im Prozeß gegen die sieben Männer und Frauen in Berlin waren die umfangreichen denunziatorischen Aussagen Erkan's und Bazdin's, die schon vor dem Prozeß gemacht wurden und alle Angeklagten schwer belastet hatten. (Wir denken nach wie vor, daß es hätte verhindert werden können, daß Erkan in seinem schlechten Zustand auf die absurde Idee kam, ausgerechnet den Bullen seine Geschichte zu erzählen, wenn sich FreundInnen und Bekannte rechtzeitig um ihn gekümmert hätten.)
Ausgangspunkt war weiterhin die Einschätzung der allermeisten der 14 AnwältInnen, daß die Gefangenen mit lebenslänglichen Haftstrafen zu rechnen hätten, wenn es ihnen nicht gelänge, die Aussagen, die dazu geführt hatten, daß der Vorwurf auf 'gemeinschaftlichen Mord' lautete, zu entkräften. Diese Entkräftung könne am ehesten durch eigene, glaubwürdige Aussagen zur Sache geschehen.
Vor dem Prozeß war den UnterstützerInnen nicht genau klar, wie die Angeklagten ihre Verteidigung planen. Obwohl den Gefangenen bekannt war, daß solidarische Frauen und Männer bereit waren, die Prozeßstrategie mit ihnen gemeinsam zu diskutieren, entschieden viele, dieses Angebot nicht zu nutzen und sich alleine mit ihren AnwältInnen vorzubereiten. Dies sehen wir als einen Fehler an. Toni stellte sich außerdem erst so kurz vor dem Prozeß, daß gar keine Zeit für ruhige, durchdachte Vorbereitungen blieb.
Es schwirrte vage im Raum herum, daß, bis auf Devran, alle Angeklagten Aussagen machen wollten. Der Umfang und die Einzelheiten der Aussagen waren nicht bekannt. Dieses Halb- und Nichtwissen löste eine bescheuerte Pseudodiskussion aus, in der natürlich überhaupt nicht auf den konkreten Fall eingegangen werden konnte. Schlechtestenfalls wurden die Gefangenen schon mal schnell in gut (will nix sagen) und böse (will Aussagen machen) eingeteilt.
Wir kritisieren beides, sowohl den gewollten Alleingang vieler Gefangener, als auch die Leute draußen, die durch schnelles Abstempeln nicht gerade dazu beigetragen haben, daß die Gefangenen Vertrauen zu einer solidarischen Diskussion um ihre Prozeßstrategie haben konnten. Den Alleingang kritisieren wir vor allen Dingen, weil wir jetzt wissen, wie alles ausgegangen ist und überzeugt davon sind, daß eine gemeinsame Vorbereitung einige unschöne Dinge hätte verhindern können. Aber auch generell ist davon auszugehen, daß eine solidarische Diskussion mit mehreren Personen einer Prozeßstrategie nur nützen und nicht schaden kann!

Wie ist es nun konkret gelaufen?
Wir unterteilen im folgenden zunächst in die Aussagen, die Sefkan Toni und Hasim gemacht haben und in die von Bazdin und Erkan, weil wir darin einen großen qualitativen Unterschied sehen und so unsere Kritik besser strukturieren können.
Zentral im Prozeß waren die Aussagen, die sich an die politischen Erklärungen der Gefangenen anschlossen. Alle, die sich zur Sache einließen, erzählten ohne unterbrochen zu werden, detailliert über den Abend, an dem die Aktion stattfand.
Als Vorbehalt erklärten Sefkan, Toni und Hasim, nur über Personen reden zu wollen, die als Angeklagte anwesend seien, und alle anderen aus moralischen und politischen Gründen weglassen zu wollen. Bis auf kleine Abweichungen erzählten sie die gleiche Geschichte:
Am Abend des 4. April kam ein Mann (wurde namentlich genannt) in den Pink Panther (Kneipe), um davon zu berichten, daß u.a. Carsten Pagel und andere Faschisten im Chinarestaurant am Kottbusser Damm

säßen und ihn und einen pakistanischen Rosenverkäufer rassistisch angepöbelt hätten. Ihm sei von den Faschisten gedroht worden, er solle aufpassen, daß ihm auf dem Nachhauseweg nichts zustoße. Der Mann bat um Unterstützung, woraufhin sich dann Sefkan, Hasim, Erkan, Bazdin und eine weitere Person mit einem Auto auf den Weg gemacht hätten. Sie hatten vor, die Faschisten zu vertreiben. Unterwegs sei noch im So 36 (Veranstaltungsort) angehalten worden und Toni dort zugestiegen. Vor dem Chinarestaurant stand eine weitere Gruppe, auch der Mann, der die Geschichte im Pink Panter erzählt hatte tauchte auf, sowie Devran. Es wurde nichts groß beredet und abgemacht, sie seien ziemlich schnell ins Restaurant gegangen. Drinnen sei Hasim vorne gestanden und habe den Wirt, der eine Knarre gezogen hatte beruhigt, die anderen seien zu dem Tisch mit den Nazis gegangen. Dort hätte Chaos geherrscht! Einer der Nazis habe mit Stühlen nach ihnen geworfen. Sefkan habe Pagel eine Schelle und einen Tritt verpaßt, woraufhin dieser, wie die meisten Nazis unter den Tisch geflüchtet sei. Bazdin habe mit einer Baseballkeule auf den Tisch geschlagen, Toni mit Gas gesprüht. Schließlich seien alle gegangen, da die Nazis ja eingeschüchtert unterm Tisch hockten. Sefkan habe beim Abzug dem Wirt noch die Knarre aus der Hand geschlagen, dann seien alle rausgerannt. Draußen hätten sie einen Knall gehört (vielleicht Schuß?) und eine Restaurantscheibe sei zu Bruch gegangen. Dann seien alle ins Auto gestiegen und weggefahren. Vom Tod Kaindls hätten sie erst an den darauffolgenden Tagen erfahren. Sie erklärten, daß der Tod nicht beabsichtigt war und sie in dieser Nacht nicht gewußt hätten, daß in der Kneipe jemand zugestochen hatte.
Alle haben gesagt, daß Zeki an dem Abend nicht dabei gewesen sei. Devran sei zwar im Pink Panther und dann auch vor dem Restaurant aufgetaucht, aber es habe Streit um ihr Mitreingehen gegeben. Sie sei daraufhin wohl gegangen, denn sie sei weder im Restaurant, noch draußen zu sehen gewesen. Hasim sagte darüberhinaus, daß auch die andere Frau, die laut früheren Aussagen von Erkan und/oder Bazdin vor dem Restaurant Schmiere gestanden haben sollte, nicht zu sehen war, als er das Restaurant, als einer der ersten verließ. Über die nachfolgenden Tage und die Gespräche untereinander wurde auch noch einiges gesagt.

Zu Sefkan, Toni und Hasim

Insgesamt haben die Aussagen von Sefkan, Toni und Hasim bis hierhin keinen denunziatorischen Charakter gehabt. Es taucht aber die Frage auf, warum der Mann, der die Faschisten im Chinarestaurant entdeckt hatte, namentlich genannt wird, wo er doch nicht im Prozeß vertreten war? Wir fanden die Tatsache nicht so dramatisch, weil der Mann, der mit Phantombild gesucht wurde, sich kurz nach der Aktion selbst bei den Bullen gemeldet hatte. Dort hatte er Devran und Hasim als diejenigen verraten, die er zu der Aktion mobilisiert hätte. Daraufhin wurden die beiden 1992 verhaftet. Die Anschuldigungen reichten aber nicht aus, um sie anzuklagen, sie wurden wieder freigelassen.
Der Mann ist ein Verräter, er hat versucht, als die Sache für ihn bedrohlich wurde, sie auf andere abzuwälzen. Noch aus dem Ausland schickte er Briefe an die Bullen, in denen er andere beschuldigte, bei der Aktion dabeigewesen zu sein und ihm gedroht zu haben, nicht zu den Bullen zu gehen.
Somit haben die Angeklagten nichts anderes gesagt, als der Mann (der sich jetzt auch auf der Flucht befindet, da er von der Richterin nicht als Zeuge sondern als Tatbeteiligter definiert wurde) zuvor schon den Bullen angegeben hatte. Trotzdem ist die Sache natürlich nicht ganz astrein.
Ein weiterer Kritikpunkt an diesen ersten Aussagen ist, daß 'eine andere Person' eingeführt wurde, die mit im Auto saß und deshalb auch an der Aktion beteiligt gewesen sein muß. Bazdin und Erkan haben keine moralischen Skrupel und benennen diese Person, als sie an der Reihe sind mit Namen (Gengiz). Indem die anderen drei zugeben, daß noch eine weitere Person dabei war, bestätigen sie Bazdin und Erkan und machen ihre Aussagen glaubwürdig.
Die Aussagen, die an diesem 3. Verhandlungstag von Sefkan, Toni und Hasim gemacht wurden, wären, wenn die oben genannten Punkte berücksichtigt worden wären, erträglich und vertretbar gewesen. Sie betrafen (bis auf den zu Anfang genannten Mann) die Angeklagten selbst und schienen von allen gemeinsam getragen zu werden. Auch Devran, die keine Aussagen zur Sache machte, erklärte zu Anfang des Prozesses ausdrücklich, daß sie solidarisch mit den anderen sei und deren Aussagen unterstütze. Sie hatte zugestimmt, daß von ihr geredet wurde, in Form von entlastenden Aussagen, die klarstellten, sie sei an der Aktion nicht beteiligt gewesen.
Das gleiche gilt für Zeki, der ja in seiner politischen Erklärung schon ausgesagt hatte, er sei nicht dabei gewesen. Auch für ihn war es von Vorteil, daß die anderen dies bestätigten und auch er wollte, daß über ihn geredet wird.

Bazdin's und Erkan's Aussagen

Bazdin und Erkan gingen schon zu Anfang weit über die Grenze des Zulässigen hinaus! Am gleichen Verhandlungstag wie die anderen, erzählten auch sie die Geschichte des 4. Aprils.
Wie schon erwähnt erklärten beide, daß Gengiz die weitere Person gewesen sei, die mit ihnen zum Restaurant gefahren sei. Doch das war nicht alles! Laut Bazdin habe Gengiz bei der Aktion hinter Kaindl gestanden, der als einziger Nazi noch auf seinem Stuhl saß und eine Knarre in der Hand gehalten habe. Er hätte Bewegungen von oben nach unten gesehen, Kaindl sei unter den Tisch gefallen. Im Auto habe Gengiz blutverschmierte Hände gehabt und ihm erzählt, er hätte auf einen der Faschisten eingestochen.
Als Erkan an der Reihe war, bestätigte er Bazdin, und behauptete gesehen zu haben, wie Gengiz auf Kaindl eingestochen hätte. Somit hat das Gericht seinen Mörder!

Weder Angeklagte noch ZuschauerInnen reagierten auf diese miesen Anschuldigungen mit denen mal eben so klar gemacht wurde, daß einer der Gesuchten sein Leben lang nicht mehr auftauchen darf (da Mord nie verjährt)! Keine/r der Angeklagten hat im weiteren Prozeßverlauf auch nur Anstalten gemacht, Gengiz zu entlasten, zu sagen, daß er an anderer Stelle gestanden habe, oder sonstwas.
Daß nach 11-monatiger Untersuchungshaft, also recht langer Bedenkzeit, diese Aussagen vor Gericht von Bazdin und Erkan wiederholt werden, kann durch nichts entschuldigt werden!
Im Laufe der Untersuchungshaft scheint Bazdin zu der Einsicht gekommen zu sein, daß ein gemeinsamer Mordvorwurf auch seiner Person schadet und hat deshalb solchen Blödsinn nicht nochmal vor Gericht wiederholt. Er war sich aber genauso wie zu seiner Festnahme nicht zu schade, eine Person als Mörder zu präsentieren.
Im Gegensatz zu den Aussagen, die Gengiz betrafen, hat Bazdin viele seiner früheren Aussagen zu anderen Personen entschärft oder zurückgenommen. Er bestätigte z. B., daß Zeki, den er denunziert hatte, bei der Aktion mit einer Eisenstange aktiv gewesen zu sein, gar nicht vor Ort war. Er erklärte, daß Hasim nicht der Anführer der Gruppe gewesen sei und daß es gar keinen Anführer gegeben habe. Die Begründungen, mit denen er seine Aussagen unterstrich waren z.T. haarsträubend. Hasim sei z.B. zu klein, um ihm etwas zu sagen, oder ihn von etwas abzuhalten.
Auch Erkan's erneute Belastungsaussage gegen Gengiz ist der Hammer. Erkan hat im Prozeß sowieso kaum was gesagt, erklärt, daß es ihm total schlecht gehe, er an Angstzuständen leide und daß er sich so



gut wie nicht erinnere. Er erinnerte sich nur daran, daß Gengiz zugestochen hätte. Auch wenn diese Aussagen nicht verwertet werden können, weil ein Gutachter bestätigt hat, daß Erkan zur Zeit nicht in der Lage ist, unbeeinflußt seine Erinnerung wiederzugeben, verstärken sie doch einen Eindruck bei Gericht!

Kriterien

Für uns ist das wesentliche, was wir von allen Frauen und Männern einfordern, daß egal, wie sie sich verteidigen, sie niemanden belasten oder verraten, weder direkt noch indirekt! Genau das ist die Grenze, die nicht aufgeweicht und überschritten werden darf!
Was wir weiterhin von allen verlangen, ist ein solidarisches Verhältnis zu allen anderen Betroffenen, in diesem Fall den Gesuchten und Angeklagten. Es braucht sich niemand besonders darum zu kümmern, daß Verräter gut bei der ganzen Sache aussteigen, aber daß nach allen anderen geguckt wird, halten wir für eine Sache, die auf jeden Fall eingefordert werden kann. Auch Verräter sollten nicht belastet und an die Justiz ausgeliefert werden, generell niemand, egal ob wir einen Menschen für gut oder schlecht halten. Alles weitere sind Fragen der persönlichen und politischen Identität jedes Einzelnen, der Kompromiß- bzw. Kampfbereitschaft, momentaner persönlicher Stärke oder Schwäche. Da sind die Schmerzgrenzen jeweils verschieden.

Natürlich wäre uns ein kämpferischer Prozeß mit einem klaren Verhältnis gegenüber dem Gericht am liebsten, aber wir würden nicht so weit gehen, dies von Angeklagten zur Bedingung zu machen, damit wir sie unterstützen.

Weiter im Prozeßverlauf – Befragung durch das Gericht:

An die Aussagen der Angeklagten zur Sache, die insgesamt ein rundes Bild der Aktion ergaben, schloß sich an den darauffolgenden Verhandlungstagen die Befragung durch das Gericht an. Alle, die bisher zur Aktion ausgesagt hatten, ließen sich auch darauf ein, Fragen zu den verschiedenen Komplexen (Vorher im Pink Panther, Weg zur Aktion, Aktion,...) eingehend zu beantworten.
Dabei wurden Dinge erzählt, die unserer Meinung nach absolut nicht notwendig gewesen wären und unter Umständen zu Schaden für andere werden können.
Z.B. wurde die Initiative der Richterin, Gengiz als Mister X zu bezeichnen, von allen, die sich geweigert hatten weitere Namen zu nennen, aufgegriffen. Die Richterin antwortete einmal ausdrücklich auf die Frage von Toni, wer denn Mister X sei, daß damit Gengiz gemeint sei. So war es erstens nur noch eine Farce, nicht gleich den Namen zu sagen, und zweitens wurde damit auch durch Sefkan, Toni und Hasim unmißverständlich klargemacht, daß Gengiz im Restaurant dabei war. Dies bestätigte Bazdin's Aussagen zu Gengiz und verlieh ihnen noch mehr Glaubwürdigkeit. Wo blieben hier die moralischen und politischen Gründe, wegen derer nichts über andere gesagt werden sollte??
Ein weiterer Punkt ist, daß der Personenkreis derer, die bei der Aktion dabei waren, so genau eingegrenzt wurde. Von Toni werden zwei weitere Personen angegeben, die im Lokal waren. Hasim präzisiert das später auf drei (Mister X,Y,Z). Zufällig werden noch genau drei Männer gesucht! Die Mister X (Y, Z) Scheiße zog sich durch den ganzen Prozeß durch, kann also kein Versehen gewesen sein!
Im Vergleich zu den Aussagen, die Bazdin vor dem Prozeß bei den Bullen gemacht hatte, milderte er viele seiner Aussagen ab oder widerrief sie. An Punkten, die von seinen früheren Aussagen abwichen, erklärte er, die Bullen hätten Romane für ihn aufgeschrieben, ihm Dinge vorgegeben, wie sie sie hören wollten, oder ihm Erkan's Aussagen vorgelesen, die er im Glauben, das sei schon richtig, wiederholt hätte.
Trotzdem kann keineswegs behauptet werden, daß Bazdin sich im weiteren Verlauf solidarisch gegenüber den anderen Betroffenen verhielt.
Bazdin entlastete zwar Toni, indem er sagte, daß dieser ihn nicht daran gehindert hätte das Lokal zu verlassen, aber er erklärte, das wäre ein anderer Deutscher (etwas kleiner und kräftiger) gewesen. Solche Behauptungen sind mögliche indirekte Belastungen und führen nur unnötig zu Spekulationen!
Bazdin erwähnt Orhan (wird gesucht) namentlich, als zumindest vor Ort gewesen. Warum? Niemand anderes entlastet Orhan dadraufhin. Warum nicht?

Die Form

Bis hierher haben wir unsere Kritik an den konkreten Aussagen festgemacht, die wir daneben, gefährlich und unsolidarisch finden. Daß so etwas nicht passiert, ist das wesentlichste! Doch auch die Art und Weise, wie Angeklagte sich präsentieren, spielt eine Rolle. Die Tatsache, daß sich zur Sache geäußert wird, muß nicht zwangsläufig zur Folge haben, daß in Vergessenheit gerät, daß wir diesem Staat absprechen, über uns zu urteilen. Doch in diesem Prozeß verwischte jegliche Distanz zwischen Angeklagten und Gericht.
Zu glatt, zu schnell und zu freundlich wurde oft auf Fragen geantwortet, die gar nichts damit zu tun hatten, eine glaubwürdige Version der Aktion zu schildern. Lang und breit wurde z.B. erklärt wer wen wo





kennengelernt hat, auf welcher Party was stattgefunden hat, daß mensch lieber in einen Park zum Quatschen geht, als in eine vollbesetzte Kneipe,...
Die Richterin dabei immer freundlich grinsend, ermunternd. Es war ganz schön eklig sich das anzusehen.
Es wurden keine Regeln und Barrieren von den Angeklagten gesetzt, außer daß Sefkan, Toni und Hasim nicht über Leute reden wollten, die nicht auf der Anklagebank saßen, was sie ja letztendlich nicht richtig durchgezogen haben. Vorstellbar wäre gewesen, daß an viel mehr Punkten die Fragen des Gerichts unbeantwortet geblieben wären mit Hinweisen wie: das tut nichts zur Sache, dazu habe ich schon Angaben gemacht....
Leider nutzten die Angeklagten nur sehr selten die Möglichkeit, sich zwischen Frage und Antwort mit ihren AnwältInnen zu beraten.
Positiv in diesem Zusammenhang war, daß Hasim bei der Befragung einen Dolmetscher zwischengeschaltet hatte. So konnte Zeit gewonnen werden für die Antworten und ein direktes Aufeinandereingehen zwischen ihm und Gericht wurde vermieden. Leider hat er dies Verzögerungsmöglichkeit viel zu wenig genutzt.
Insgesamt hat eine kämpferische oder auch nur störrische Haltung der Angeklagten gefehlt.

Einschätzung und Fragen

Wir können uns nicht hinstellen und sagen, hättet ihr dieses und jenes so und so gemacht, wären die gleichen Urteile dabei rausgekommen und alles viel besser gelaufen. Dazu sind Gerichtsverfahren leider im vorhinein zu schlecht einschätzbar. Viel hängt von den RichterInnen (deren politischer Einstellung) und der Schärfe und Einstellung der Staatsanwaltschaft ab. Der gleiche Prozeß wäre vor einem anderen Gericht anders ausgegangen, nur das ist sicher.
Die Richterin war auf jeden Fall liberal eingestellt und die Staatsanwaltschaft von zwei völlig müden Tassen vertreten, die Schwierigkeiten hatten, sich überhaupt durchzusetzen. Der Anwalt der Nebenklägerin (Faschistin Gabriele Hartung) tauchte fast nie auf und wenn, sagte er kein Wort zu gar nichts. AnwältInnen der Angeklagten waren genug vorhanden (insgesamt 14) und nicht gerade die Unerfahrensten, so daß einer guten juristischen Verteidigung nichts im Wege stand.
Der Haken an diesem Verfahren war ganz eindeutig nicht die Besetzung des Gerichts, sondern die Unsicherheit, wie Bazdin und Erkan auftreten würden! Würden sie ihre haarsträubenden denunziatorischen Aussagen wiederholen oder nicht? Genau dazu hätten wir auch nichts sagen können. Deshalb kritisieren wir die grundsätzliche Entscheidung vieler Angekagter nicht, gegen möglicherweise völlig diffamierende Aussage Bazdin's und Erkan's eine gemeinsame eigene Aussage stellen zu wollen.
Aber warum wurde nicht abgewartet, wie Bazdin und Erkan sich verhalten, um sozusagen nur im Notfall die eigene Version zu erzählen?
Warum wurden über die Kerngeschichte hinaus noch so viele Einzelheiten erzählt?
Warum wurde sich zusätzlich zu einer einmaligen Aussage (am besten schriftlich vorformuliert) noch auf Befragungen eingelassen, die viel mehr Gefahr bieten, sich zu verplappern?
Warum hat Zeki die Tatsache, daß er nicht dabei war, nicht für sich behalten, um im Prozeß, wenn es nötig ist, Erkan und Bazdin als unglaubwürdig hinzustellen? Statt dessen stellte sich Zeki unnötigerweise schon nach drei Tagen und sagte, er sei unschuldig.
Es hätte auch eines der Anliegen der Angeklagten sein müssen, die Gesuchten so gut es geht zu entlasten, zumindest, wenn sie von Bazdin als bei der Aktion dabeigewesen erwähnt werden. Bis auf Rebecca, wurde keineR der Gesuchten entlastet. Warum nicht?
Wieso werden andere Behauptungen von Bazdin und Erkan im Prozeß zurückgenommen oder sich nicht mehr erinnert, aber die Aussage Gengiz hätte Kaindl erstochen, nicht? Wir können uns gut vorstellen, daß die Richterin eine solche Aussage zur Bedingung dafür gemacht hat, daß die Anklage wegen 'gemeinschaftlichen Mordes' oder 'Totschlags' fallen gelassen wird. Es drängt sich die Frage auf, ob es nicht allen Angeklagten recht war, daß ein 'Mörder' benannt wurde, um nicht selbst in Verdacht zu kommen oder um das Strafmaß für alle anderen zu senken?

Klappe halten

Auch eine Schweigestrategie hätte in diesem Prozeß durchaus Erfolg haben können. Angesichts der Tatsache, daß Erkan's Aussagen nicht verwertet werden dürfen, daß Bazdin viele, wenn auch nicht alle seiner belastenden Aussagen zurückgenommen hat und daß die Staatsschutzverhörmethoden immer mehr ins Zwielicht geraten sind, bzw. als unzulässig betrachtet werden konnten, ist die Frage schon legitim, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die Klappe zu halten? Dann hätte die Verteidigung hauptsächlich auf ein Auseinandernehmen der Belastungszeugen aufgebaut werden müssen und viel mehr die Staatsschutzverhörmethoden und ihre Arbeitsweisen angegriffen werden müssen.
Die Klappe zu halten, bedeutet in erster Linie, sich zu weigern, an einer wie auch immer gearteten 'Tataufklärung' mitzuarbeiten und keine eigenen Geständnisse zu liefern, aufgrund dessen verurteilt werden



kann. Auch in diesem Prozeß waren die eigenen Geständnisse die Grundlage der Urteile (dafür sind sie noch relativ hoch ausgefallen).
Die Klappe halten bedeutet auch eine Weigerung, sich aufteilen zu lassen in 'Schuldige' und 'Unschuldige', solche mit 'geringer' oder 'schwerer Schuld'. Nichts zu sagen, kann darüber hinaus Ausdruck der politischen Haltung gegenüber diesem Staat und seiner Justiz sein. Nichts zu sagen bedeutet auch nicht, völlig passiv im ganzen Prozeßgeschehen zu sein. Um die Belastungszeugen auseinanderzunehmen zu können, muß sich gut vorbereitet werden, der Prozeßverlauf aufmerksam beobachtet werden. Auch bei einer Schweigestrategie bestimmen die Angeklagten, was sie zulässig für ihre Verteidigung finden, welche Methoden die Anwältinnen anwenden sollen.
Diese Position ist keine Betonkopfposition, auch wenn sie öfters als solche diffamiert wird. Es ist eine Position, die akzeptiert werden sollte und über die es sich zu streiten lohnt. Schwierig finden wir allerdings, wenn die Position 'Keine Aussagen bei Bullen und Justiz' zum absoluten Muß einer politischen Prozeßführung wird. Daß es auf **keinen Fall** sinnvoll, ist vor dem Prozeß irgendetwas auszusagen, da sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Dadurch werden nur Wege der Verteidigung verbaut, aus Unachtsamkeit evt. Dinge erzählt, die später total bereut werden.
Wenn aber keine anderen Vorstellung als eine Schweigestrategie politisch vertretbar gefunden wird, finden wir diese Position zu einengend und halsstarrig. Dieser Prozeß hätte auch mit Einlassungen politisch kämpferisch geführt werden können!

Die Zuschauerlnnen

verhielten sich in erster Linie wie Kinobesucherlnnen im Aktionfilm. Nur die Chips fehlten!
Komischerweise war es trotz der ätzenden Atmosphäre, der alles andere als kämpferischen Stimmung seitens der Angeklagten, irgendwie 'inn' zum Prozeß zu gehen. Zur Not wurde sich sogar drum geprügelt, wer zu den auserwählten 66 gehören durfte.
Die Zuschauerlnnen verhielten sich, egal was gesagt wurde, so gut wie gar nicht. Wenige Zwischenrufe waren absolute Einzelinitiativen. Teilweise gab's sogar noch Streit, wenn mal ein kritischer Satz zu einem Angeklagten fiel.
Als dann am 10. Prozeßtag Thorsten Thaler, einer der Faschisten, die im Chinarestaurant dabei waren, geladen war, gab es von einer kleinen Minderheit "Nazis-Raus" Rufe. Die Richterin ordnete an, die Zuschauerlnnen zu räumen. Aber schnell legte sich der Unmut! Die Richterin ist ja wie gesagt nicht so, und deshalb konnte, wer wollte, dann doch sitzen bleiben. Daraufhin verfolgten viele gespannt das Schauspiel weiter, nur wenige gingen. Es roch nach Buttersäure. Nachdem die Richterin sich fachkundig gemacht hatte, daß Buttersäure nicht so schnell verfliegt, wurde die Befragung des Faschisten auf einen späteren Termin verlegt und der Prozeß abgebrochen. Beim nächsten Termin ging dann endlich alles wieder geordnet vonstatten, und die Faschisten Pagels und Thaler durften in Ruhe reden.
Von diesen Zuschauerlnnen würden wir uns kein Wort der Kritik über unkämpferisches Verhalten annehmen, wenn wir Angeklagte wären! Billiger geht's nicht!



Genauso sauer stößt uns auf, wie im 'Herzschläge'bulletin (sog. offizielles Blatt der Unterstüterinnen zum Prozeß) über den Prozeß berichtet wurde. War es früher schon nicht möglich die Redaktion zu einer eindeutigen Stellungnahmme gegen Bazdin und Erkan zu bewegen, so blieb dies auch jetzt wieder aus, nachdem beide einen Mann zum Mörder abgestempelt haben.
"Im Herzschläge-Bulletin (genauso in den vorrausgegangenen 'Herzschlägen') wird 'informiert', da wird nicht mit Meinungen Politik gemacht", so war der Standpunkt der Redaktion in der gesammten Zeit der Unterstützungsarbeit. Das bedeutete, daß viele Einschätzungen außen vor blieben (es sei denn es handelte sich um die eigenen) und daß Fakten unter den Tisch gekehrt wurden, die zu anderen Einschätzungen hätten führen müssen. Ergebnis war ein völlig seichtes Prozeßblättchen ohne jegliche Kritik am Verhalten irgendeines Gefangenen. Alle (inclusive der Verräter) sind unschuldige Opfer, die den Machenschaften des Staatsschutzes ausgeliefert waren. Das Verhalten der Angeklagten im Gericht wird z.B. wohlwollend als "Er ließ sich durch die Befragungen nicht aus dem Konzept bringen," und andere seriös klingende Nebensätze kommentiert. Wer das liest, weiß nichts von dem, was im Prozeß wirklich abgelaufen ist!

Zu den Anwältlnnen

Dies soll nicht der Platz sein, die beteiligten Anwältlnnen im einzelnen zu kritisieren. Dazu wäre ein noch längeres Papier notwendig und darum geht es uns auch jetzt nicht. Wenn wir überlegen, was an diesem verschissenen Prozeß noch lehrreich und wissenswert für andere Frauen und Männer sein könnte, dann muß aber doch eine Passage zu Anwältlnnen allgemein rein.

Festzuhalten ist, daß die 14 Anwältlnnen einen gewaltigen Einfluß auf das hatten, was sich im Gerichtsaal abgespielt hat. Grundsätzlich waren es alles mehr oder weniger sog. Sceneanwälte. Es hat sich gezeigt, daß diese Frauen und Männer von sich aus kaum politische Kriterien im Kopf hatten (wie z.B. solidarisches Verhalten allen Beteiligten gegenüber) sondern oftmals nur ihren eigenen beruflichen Erfolg oder ihre/n eigene/n Mandantin bzw. Mandanten gesehen haben. Von daher können wir nur noch einmal eindringlich **warnen**, zu vertrauensseelig zu Anwälten zu sein! Sie sind in aller erster Linie Juristlnnen, die ihr zu eurer Verteidigung engagiert. Einige mögen darüberhinaus noch Freundlnnen oder Menschen sein, die ähnliche politische Vorstellungen wie ihr selbst habt. Aber verlaßt euch nie darauf!
Es gibt auch überhaupt keinen Grund, der Anwältin die 'Wahrheit' zu erzählen. So was legt nur eine bestimmte Version fest und versperrt ein Denken in alle möglichen Richtungen. Auch Anwältlnnen haben's mit der Wahrheit! Wer unschuldig ist, verdient es rauszukommen, wer es nicht ist, verdient eine gerechte Strafe. Jede und jeder nach ihrer/seiner 'Tatbeteiligung'. Das sind nicht unsere Kriterien! Wir halten nichts davon, vor Gericht irgendeine Wahrheit aufdecken zu wollen!!
Anwältlnnen können beraten, einschätzen, Vorschläge für eine Verteidigungsstrategie machen, **aber entscheiden müßt ihr.** Am besten nicht ihr allein, sondern gemeinsam mit welchen, die ihr gut kennt, denen ihr politisch vertraut.
Kontrolliert eure Anwälte! Lest euch durch, welche Briefe sie anderen Mitgefangenen schreiben, welche Plädoyers sie vor Gericht halten. Ihr entscheidet, was da zu eurer Entlastung und zu eurer Person gesagt wird, was anderen Gefangenen mitgeteilt wird,...
In diesem Prozeß haben fast alle Anwältlnnen auf eine Aussagestrategie gedrängt und diese mit düsteren Prognosen über eine mögliche lebenslange Haft untermauert. Wir können nicht behaupten, daß die Prognosen totaler Schwachsinn waren, obwohl wir immer daran gelaubt haben, daß der 'gemeinschaftliche Mordvorwurf' so oder so vom Tisch kommen würde.
Anwälte sind keine Heilige! Wenn euch euer Anwalt eure Anwältin zu viel Scheiße baut, nehmt eine/n andere/n! Manchmal ist das schwierig, weil Anwältlnnen sich generell nicht gerne in die Quere kommen, aber es geht.
Nur ihr allein müßt nachher verantworten, was bei eurer Verteidigungsstrategie rausgekommen ist. Ihr müßt damit leben, für eine/n Anwältin ist es nur ein Job.

SOLIDARITÄT MIT DEN IMMER NOCH GESUCHTEN ANTIFAS!
ORGANISIERT DEN MILITANTEN WIDERSTAND GEGEN JEDE FORM VON HERRSCHAFT UND UNTERDRÜCKUNG !
FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE ZWANGSANSTALTEN!

Berlin, 17.11.94



die undoofmatischen Querdenkerlnnen

Dokumentation:

Volxsport

In der Nacht vom 8./9.11 94 haben wir ein Firmenfahrzeug der Firma WAKO-Nord in Schnelsen in Brand gesteckt. Die WAKO-Nord ist durch ihre Aktivitäten im Abschiebeknast Glasmoor an der Kriminalisierung von Flüchtlingen beteiligt und verantwortlicher Teil im Abschiebesystem der BRD. Die Firma beteiligt sich daran, Menschen gefangen zu halten, deren einziges "Verbrechen" es ist, aus ihren Heimatländern geflohen zu sein und in der BRD um Asyl nachgesucht zu haben. Sie bewacht die Flüchtlinge so lange, bis auf Weisung der Behörden deren Abschiebung in die Herkunftsländer vollzogen wird. In diesen Ländern droht den abgeschobenen Menschen oft unmittelbar Folter und Tod. Mit dieser menschenverachtenden Tätigkeit verdient die Firma WAKO-Nord ihr Geld.

Der Abschiebeknast Glasmoor in Norderstedt wurde im Februar 1994 in Betrieb genommen. Es werden dort 84 Männer in Containern gefangen gehalten. Zu sechst werden sie in 27qm großen Zellen untergebracht. Der Knast liegt außerhalb der Stadt Hamburg, so daß er für BesucherInnen kaum zu erreichen ist. Da er in unmittelbarer Nähe zum Flughafen Fuhlsbüttel liegt, ist ein schneller und von der Öffentlichkeit unbemerkter Vollzug der Abschiebung möglich, ein in der Logik des Abschiebesystems vorteilhafter Faktor. Wie in anderen Abschiebeknästen sitzen auch in Glasmoor die Gefangenen mehrere Monate lang isoliert von Angehörigen und FreundInnen ein und warten auf ihre Abschiebung, die für viele erneut Gefängnis, Folter oder gar Tod bedeuten kann. Widerstandsaktionen der inhaftierten Flüchtlinge in den Knästen werden niedergeschlagen: Eine Dachbesetzung von algerischen Flüchtlingen Anfang Mai in Leverkusen-Opladen wurde z.B. durch den Einsatz von 120 Bullen unter maßgeblicher Beteiligung von SEK (Sondereinsatzkommando-) Bullen brutal beendet. Als Ende Juli erneut 40 Flüchtlinge in der JVA Kassel revoltierten, die seit teilweise **15** Monaten in Abschiebehaft sitzen, wird sogar die GSG-9 eingesetzt um gegen die mit **einem Taschenmesser** "bewaffneten" Flüchtlinge vorzugehen.

So wird in der Öffentlichkeit das Bild des "kriminellen Asylanten" vermittelt, der hinter Gitter gehöre und im Falle einer erfolgreichen Flucht mit Haftbefehl und Fahndung gesucht werden müsse. So hat die Inbetriebnahme des Abschiebeknastes Glasmoor und all der anderen Abschiebeknäste das Erreichen einer neuen eskalierten Stufe markiert, die Ausdruck für die aktuelle Entwicklung der herrschenden rassistischen Flüchtlingspolitik in der BRD ist. Während sich weltweit die (von der BRD mitverursachten) Fluchtursachen verschärfen, mehr und mehr Menschen gezwungen sind ihr Land zu verlassen, ist die Zahl derer, denen die Flucht in die BRD gelingt, nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts drastisch gesunken. Die meisten Flüchtlinge werden an der Grenze oder an den Flughäfen sofort abgewiesen ohne eine Chance, ihre ohnehin schwindend geringen Rechte hier überhaupt wahrnehmen zu können. Die wenigen, die erstmal bleiben dürfen, werden in die sogenannten "Zentralen Aufnahmestellen" (ZASTen) der jeweiligen Bundesländer eingewiesen und müssen sich dem verschärften Asylverfahren unterziehen. Dieses Verfahren ist darauf ausgerichtet zu verhindern, daß Flüchtlinge erfolgreiche Asylanträge stellen können, indem Fristen, Sprachbarrieren, fehlende beratung bzw. Behinderung der Arbeit von Rechtsbeiständen nahezu unüberwindliche Hindernisse darstellen; am Ende steht daher meist die Ablehnung. Wenn der Verdacht besteht (das obliegt der willkürlichen Einschätzung der Behörde), daß Flüchtlinge nach der Ablehnung ihres Asylantrages nicht "freiwillig" die BRD verlassen oder sie sich tatsächlich weigern zurückzugehen in die Länder, aus denen sie vor Hunger, Krieg, Verfolgung und Folter geflohen sind, werden sie in Abschiebehaft genommen. Aus Angst vor Ablehnung und Abschiebung tauchen viele Flüchtlinge unter und versuchen sich so dem Zugriff von Justiz und Behörden zu entziehen. Die Hamburger Innenbehörde z.B. gibt zu, daß allein in Hamburg mindestens 8000 Flüchtlinge leben, die nach der Ablehnung ihres Asylantrages untergetaucht sind.

Weil viele Flüchtlinge wissen, daß ihre rechtlichen Chancen auf die Anerkennung als Asylsuchende/r gering sind, geben sie sich nach einer erfolgreichen Einreise in die BRD trotz verschärfter Grenzkontrollen den Behörden nicht mehr zu erkennen. Die faktische Abschaffung des Asylrechts illegalisiert die hier Zuflucht Suchenden und viele leben zwangsweise in einem rechtlosen Status mit der ständigen Angst vor der Entdekkung. Damit werden sie in Lebensverhältnisse gedrängt, in denen sie zur Sicherung ihres Existenzminimums auf rechtlose Billigstlohnarbeit und illegalen Handel angewiesen sind. Etliche Frauen sind durch diese Umstände zur Prostitution gezwungen.

Dieses durch die politischen Verantwortlichen geschaffene Elend vieler tausender Flüchtlinge in der BRD, ob in den ZASTen, Abschiebeknästen oder in der staatlich verantworteten Illegalität der Flüchtlinge, hat einen lukrativen Markt geschaffen, an dem sich viele Firmen und Organisationen eine "goldene Nase" verdienen: Es ist das Prinzip maximaler kapitalistischer Gewinnausbeute. Am Anfang stehen Schlepperbanden. Dann verdienen Bauunternehmer, Subunternehmer, Leiharbeitsfirmen u.ä. an der Arbeitskraft von Flüchtlingen, die die Flüchtlinge auf Grund ihrer rechtlosen Lebenssituation mit Hungerlöhnen abspeisen können - werden sie dann als Illegale aufgegriffen und in Abschiebehaft festgesetzt, verdienen Zulieferfirmen und private Bewachungsfirmen nochmals an den Flüchtlingen.

Die Firma WAKO-Nord ist eine jener Dienste, die sich entschieden haben, an der rassistischen Ausgrenzungspolitik der BRD zu verdienen. Unternehmen wie WAKO-Nord leben von gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen einer Politik, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Politik bedeutet dabei nicht, mit emanzipatorischen und egalitären Utopien für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und für eine lebenswerte Zukunft **aller** Menschen zu kämpfen. Politik bedeutet vielmehr die brutale Durchsetzung kapitalistischer Verwertungslogik, die Wahrung von Ungleichheiten im Sozialen und Ökonomischen. Die daraus entstehenden gesellschaftlichen Widersprüche werden längst nicht mehr nur mit Hilfe von Polizei und Justiz "verwaltet": Auf U-Bahnhöfen und in Einkaufszentren, in Sozialämtern und AusländerInnenbehörden, in Nobelvierteln und in den Abschiebeknästen, überall werden Wachdienste eingesetzt, um für "Sicherheit" zu sorgen. Daß es dabei hauptsächlich um die Sicherheit der Reichen und die Sicherung der Friedhofsruhe in diesem Land geht, ist das Konzept dieser Wachfirmen. Das Stadtbild soll "sauber" bleiben, Obdachlose, Junkies stören den "Erlebnisraum" Innenstadt und müssen verschwinden. Innerhalb von Behörden sorgen private Sicherheits- und Wachdienste dafür, daß SozialhilfeempfängerInnen, Flüchtlinge und MigrantInnen eingeschüchtert werden, wenn es sein muß mit Gewalt, damit behördliche Willkür und menschenverachtende Bürokratie nicht in Frage gestellt wird. Die Menschen werden zu BittstellerInnen degradiert und daran gehindert, ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben einzufordern und durchzusetzen und sich das

zu holen, was sie zum (Über-) Leben brauchen.
Sicherheitsdienste werden zunehmend zur Privatarmee derer, die sich Sicherheit mit willfähigeren Vollstreckern ihrer verlogenen Moral- und Wertevorstellungen mit Geld erkaufen. Es ist zudem kein Zufall, daß Wach- und Sicherheitsdienste zunehmend zum Tummelplatz selbsternannter Saubermänner, aber auch straff organisierter Faschisten werden, die als Privatpolizisten "mal so richtig aufräumen" wollen. Staatliche Stellen dulden diesen Zustand nicht nur, sondern machen sich Sicherheitsdienste und ihre gesellschaftliche Funktion zu nutze, indem sie sie in sogenannten hoheitlichen Aufgaben einsetzen.

Jede Firma, jedeR Büroangestellte, jedeR PolitikerIn, jeder Mensch trägt die Verantwortung dafür, ob er/sie auf der Seite der Rassisten und Verfolger steht oder sich auf die Seite der Flüchtlinge und an den Rand gedrängter Menschen stellt. Die Firma WAKO-Nord hat sich entschieden, denn sie beteiligt sich aktiv an der rassistischen Verfolgung von Flüchtlingen und profitiert davon. Angesichts des Ausmaßes und der Auswirkungen rassistischer Flüchtlingspolitik in der BRD, der eskalierten Situation für MigrantInnen und Flüchtlingen, angesichts der ständigen Pogrombereitschaft vieler Deutscher ist es für uns notwendig den Verantwortlichen, auch materiell, die Grenzen und Konsequenzen ihres Handelns aufzuzeigen. Politikern, Schreibtischtätern und Menschenjägern gilt es klarzumachen, daß sie nicht ungehindert ihrer Tätigkeit nachkommen können, sondern dafür zur Verantwortung gezogen werden. Es ist uns wichtig, mit unserer Aktion besonders auf die Situation von Flüchtlingen in der BRD aufmerksam zu machen und die Abschiebeknäste in der Öffentlichkeit zu thematisieren.

Wir fühlen uns mit allen Menschen und Organisationen verbunden und solidarisch, die auf ihre Art und Weise Widerstand leisten gegen die rassistische Flüchtlingspolitik und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen, indem sie z.B.:
- von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen Unterschlupf gewähren
- ihnen menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten und medizinische Versorgung ermöglichen
- sie politisch, persönlich und materiell in dem Kampf um Bleiberecht unterstützen
- sich gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus organisieren

DEN RASSISTISCHEN GRUNDKONSENS BRECHEN
RASSISMUS AUF ALLEN EBENEN BEKÄMPFEN
BLEIBERECHT FÜR ALLE
GRENZEN AUF

hamburg, 23.11.94

Dokumentation:
Selbstbezichtigungsschreiben

Wir haben in der vergangenen Nacht die Kneipe "Klinker" in der Schlankreye (neben dem Holi-Kino) angegriffen. Der "Klinker" ist seit geraumer Zeit an jedem ersten Donnerstag im Monat Treffpunkt des Hamburger Landesverbandes der "Republikaner". So versammelten sich dort am 6.Oktober an die 100 Nazis (der Andrang ist vermutlich auf die kurz bevorstehende Wahl zurückzuführen). Am 3.November wurde die Veranstaltuung, an der etwa 40 - 50 Nazis teilnahmen, von Antifas öffentlich gemacht bzw. gestört. Der Wirt des "Klinker" war sich daraufhin nicht zu schade, zu verbreiten, daß "solche Asoziale" (er meinte die Antifas) "früher" nicht herumgelaufen wären. Dafür wird er sich nun eine neue Frontscheibe leisten müssen.
Das Rep-Dezember-Treffen wird übrigens ausfallen, ob die ehrenwerten (in der Mehrzahl) Herren der Republikaner sich im nächsten Jahr wieder im "Klinker" treffen werden, ist noch offen.
Wir sind der Meinung, daß es nicht angehen kann, daß in diesem Land tagtäglich Übergriffe gegen AntifaschistInnen stattfinden, die bis zum Mordanschlag gehen. In der letzten Zeit wird beinahe alle zwei Wochen eine/r von uns ermordet, ohne daß es außerhalb unserer Kreise auch nur einen Menschen interessiert. Setzen sich AntifaschistInnen, MigrantInnen oder andere Betroffene Minderheiten einmal zur Wehrm, so bekommen sie sofort die hammerharte Repression der staatlichen Anti-Antifa zu spüren, wie jetzt in Berlin im kürzlich abgeschlossenen "Fall Kaindl".
Doch das wird uns nicht von unserem Widerstand abhalten können.

Ein-/Angreifen ist gerechtfertigt!
Gegen den Faschismus die direkte Aktion!

Antifaschistisches Kino an der Uni

Veranstaltungen im Dezember

Mo 12.12.94
Die Entscheider
BRD 1993, Dokumentarfilm 30min.
"Einzelentscheider" ist die amtsdeutsche Bezeichnung für die Angestellten des Bundesamtes zur Anerkennung von Flüchtlingen, die entscheiden, ob ein Flüchtling Asyl bekommt oder nicht. Im ersten Teil des Filmes werden EinzelentscheiderInnen zu ihrer Arbeit befragt, im zweiten Teil erzählen drei Flüchtlinge von ihren Erfahreungen mit Einzelentscheidern.
Fluchtgrenzen
BRD 1994, Querblick Konstanz, Dokumentarfilm 30 min.
Überlebende Fluchthelfer erzählen, wie sie während der NS-Zeit Flüchtlinge über die deutsch-schweizer Grenze gebracht haben. Über die heutige Situation von Flüchtlingen berichtet "Asyl D-A-CH" und zwei Schweizerinnen erzählen von den Konsequenzen, die sie für sich gezogen haben.

Do.15.12.94
Drachenfutter
BRD 1987, Jan Schütte, Spielfilm 75 min.
Ein pakistanischer Flüchtling schlägt sich in Hamburg mit dem nächtlichen verkauf von Rosen durch, bis er einen Job als tTellerwäscher findet. Dort lernt er einen Kellner aus China kennen. Die beiden beschließen. zusammen ein eigenes Lokal aufzumachen und setzen den Plan in die Tat um...
Ausgrenzen - Abschieben
BRD 1994, Medienwerkstatt Freiburg, Dokumentarfilm 27 min.
Bundeswehr an der Grenze, eine elektronische Mauer um Deutschland, Jagd auf Flüchtlinge mit Wärmebildgeräten, Abschiebung in sogenannte "sichere" Drittstaaten - das Grundrecht auf Asyl ist in der BRD seit Mai 93 faktisch abgeschafft.
Der Film zeigt die sechstägige Reise einer Gruppe von 50 Menschen aus Flüchtlings- und menschenrechtsinitiativen zusammen mit der grünen Europa-Abgeordneten Claudia Roth im November 93 entlang der deutschen Ostgrenze. Gespräche werden geführt mit Grenzschutzoffizieren, Mitgliedern einer Bürgerwehr und mit Flüchtlingen im Erstaufnahme-Lager Hinrichshagen.

d e z e m b e r e n

autonom  (?) kulturreflexe im

rote flora.

6.12. Hamburger Vorbereitungstreffen für die Anti-EG-Demo in Essen am 10.12., 19.30 Uhr.
8.12. Hamburger Vorbereitungstreffen für den autonomen Kongreß der linksradikalen Bewegungen. Mit Erlebnisberichten von der bundesweiten Vorbereitung, 20 Uhr.
10.12. Shantytown Sound System: Ina Dub Plate Style, große Halle, 22 Uhr.
13.12. (Premiere), 15.12. 16.12. (jeweils 19.30 Uhr) und 17.12. (23 Uhr) Theater: "Wie man Wünsche beim Schwanz packt". Ein surreales Theaterstück von Pablo Picasso. Picasso galt unter den Nazis als "entarteter" Künstler. Als die Deutschen 1940 Frankreich okkupierten, war das Schreiben zeitweise die einzige Möglichkeit für Picasso, kreativ zu bleiben. So entstand 1941 Picassos einziges Theaterstück um den Künstler 'Plumpfuß' und seine FreundInnen: gemeinsam ist ihnen die verzweifelte Suche nach einem warmen Atelier, wo sie dem ständigen Frieren im kriegsgezeichneten Paris entfliehen können. Wir erleben immer wieder eine ins Groteske und Absurde gesteigerte Handlung bei der zuweilen tragisch-komischen Suche nach Wärme. Das "Picasso-Projekt" konnte sich keinen geeigneteren Ort als die Rote Flora für solch ein Stück denken!
16.12. Radio Loretta/Radio St. Paula Veranstaltung zur Frequenzausschreibung, große Halle 19.30 Uhr.
Kurz vor der offiziellen Bewerbung des FSK um die Frequenz 89,1 MHz veranstalten Radio Loretta und Radio St. Paula eine Podiumsdiskussion zum Thema "Was ist frei am Freien Radio? Braucht Hamburg ein Freies Radio? Perspektiven, Erwartungen, Hoffnungen, usw.". Es werden VertreterInnen folgender Hamburger Zeitungen und Initiativen vertreten sein: Wohlfahrtsausschuß, 17 Celsius, GLAS'Z, Querstreifen, Hamburger Frauenzeitung, Rock City, Off Limits, AG Stadtteilkultur, Günter Jacob (Journalist), Radio St. Paula, Uni Radio und Radio Loretta. Anschließend findet ein Konzert mit Svevo und Katrin Achinger und Matthias Arfmann von den Kastrierten Philosophen (KP-Songs in Discoversionen zu zweit vorgetragen) u.a. statt.
17.12. Clash: Concrete Jungle und Dub me Ruff Soundsystems. CJ sind ein Ragga/Jungle-lastiges Soundsystem aus Berlin DMR machen euch mit Roots/Dub-Riddims tanzen, große Halle, 22 Uhr. Soliparty der Freunde des kurdischen Volkes, große Halle, 22 Uhr.
18.12. Vollmondorchester, große Halle, 21 Uhr.
24.12. Konsumterror (Death-Metal aus Hamburg) mit schwarzer Messe! 19-21 Uhr, pünktlich! Ganzes Haus.
31.12. Radio Loretta Party
4.1. Konzert: Sticks and Stones (New York) Poppiger Hardcore, Leoncavallo, 21 Uhr.
14.1. Konzert: Atari Teenage Riot (Berlin), große Halle, 22 Uhr.

störtebeker.

5.12. Konzert: Cows (USA) und Hammerhead (USA), 21 Uhr.
6.1. Konzert: Captain Not Responsible (Oslo, trinkfeste norwegische Hardcorekapelle, gezimmert aus den Resten von Life but how to live it und Stengte Dörer), 21 Uhr.
12.1. Konzert: But Alive (HH) und Sticks and Stones (USA), 21 Uhr.

anderes.

Plakate, Pamphlete, Flugblätter. Hinterlassene Signaturen der Linken. Eine Ausstellung von Arie Goral, noch bis zum 16.12. im Institut für Sozialforschung, (Mittelweg 36, Mo-Mi, Fr 10-18 Uhr, Do 10-19 Uhr) zu sehen. Hingehen! Lohnt sich, sagte die DruckerInnengruppe der Flora - und die haben oft recht.
6.12. Film: "Autobahnkrieg". Männercafe im Kleinen Schäferkamp, 20 Uhr. Cafe ab 17 Uhr.
7.12. Antifa-Festival im Rieckhof (Harburg): Dubtara (Reggae), Igitt (Punk), Kurorchester, Frohsinn (Alternativ), Booze Bastards (Schweinerock), 19.00 Uhr.
13.12. Veranstaltung zu Gen- und Reproduktionstechnologie mit Film: "Wie andere Ergüsse auch". Männercafe im Kleinen Schäferkamp, 20 Uhr. Cafe ab 17 Uhr.
20.12. Wälzer, Schinken und Schmöker. Wir und ihr stellen Lieblingsbücher vor. Männercafe im Kleinen Schäferkamp, 20 Uhr. Cafe ab 17 Uhr.

ständige termine in der flora. Cafeöffnungszeiten: Mo- Do 16-21 Uhr, Sa 11.30-15 Uhr, und bei Veranstaltungen. **Mo 16-19 Uhr** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv. **17-20 Uhr** Motorradselbsthilfe. **19 Uhr** Vokü (meist vegan und wöchentlich). **Di 18-19.30** Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem). **Mi 16-19 Uhr** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv. **Do 16-19 Uhr** Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen, feste Nutzung). **17-19 Uhr** Offset-Druckgruppe (es werden noch Leute zum mitmachen gesucht!). **16-19 Uhr** Fahrradselbsthilfe. **Sa 11.30-15 Uhr** vegetarisches Frühstück. **16-19 Uhr** Fahrradselbsthilfe. **So 19:30** vegane Vokü (14-tägig,, nächste Termine: 11. und 25. Dezember).

→ es lebe die ataristische, antagonistische kültür!
Grüss, K.u.K-ampf.